



---

**Aktion Generationengerechtigkeit**

**Fakten zum österreichischen Pensionssystem**

**Studie: „Alterssicherungssysteme und Pensionsreformen  
in Europa“**

**Clippings Dezember 2024**

---

news.orf.at und Ö1 02.12.2024

<https://orf.at/stories/3377708/>

<https://oe1.orf.at/player/20241202/778504/1733139254000>



news ORF.at



Getty Images/Wilke B. Thomas

PENSIONEN

## Fachleute fordern höheres Antrittsalter

Nicht zum ersten Mal, aber angesichts der laufenden Koalitionsverhandlungen mit besonderem Nachdruck haben Fachleute am Montag eine Pensionsreform gefordert. WIFO-Chef Gabriel Felbermayr plädierte für eine Anhebung des Antrittsalters auf 67. Zur Untermauerung wurde ein Vergleich mit anderen Ländern und deren Maßnahmen zur Sicherung der Pensionen präsentiert. Die Alterssicherungskommission sah die Lage letzte Woche deutlich weniger dramatisch.

Online seit gestern, 15.02 Uhr

Teilen

Als Privatperson bzw. WU-Professor ging Felbermayr noch darüber hinaus und plädierte dafür, das Pensionsalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Auch kurzfristig wären seiner Ansicht nach Maßnahmen möglich, etwa über Pensionsanpassungen unter der Inflation.

Die Expertinnen und Experten waren im Rahmen einer Initiative der „Aktion Generationengerechtigkeit“ zusammengekommen, deren Vertreter Georg Feith schon seit Langem für entsprechende Maßnahmen eintritt. Seine Devise, die er bei einem gemeinsamen Pressegespräch kundtat, lautet: „It's the demography, stupid!“ (dt. etwa: Es geht um die Demografie, Dummkopf!) Denn während 1980 auf einen Pensionisten noch 4,5 Werk-tätige gekommen seien, seien es im Vorjahr drei gewesen – und 2050 würden es nur noch 1,7 sein.



## Zwei Länder setzen auf höhere Beiträge

Alleine daraus ergibt sich für die Experten dringender Reformbedarf. Basis der Diskussion war eine vom WIFO-Experten Thomas Url erstellte Studie, die verglich, mit welchen Schritten andere Staaten in der jüngeren Vergangenheit versucht haben, ihre Systeme wieder flottzubekommen.

Wie Url ausführte, setzten dabei nur zwei Staaten auf höhere Beiträge, nämlich Irland und Spanien. In letzterem Land wird das zusätzliche Beitragsaufkommen dazu genutzt, einen Fonds zu füllen, der in demografisch schwierigen Zeiten einspringen kann.

## Gros der Länder erhöht Antrittsalter

Die meisten Staaten drehen aber an der Schraube Antrittsalter. So dürfte das Antrittsalter in Dänemark bis 2070 auf stolze 74 Jahre steigen. In Griechenland sollen es immerhin 72,5 Jahre sein. Hier warnte Felbermayr: In Griechenland habe es eine Staatspleite gebraucht, um das Pensionssystem zu reformieren, nur habe man dann „sehr dramatische Schritte“ ergreifen müssen. Schweden wiederum hat die Höhe der Pensionsanpassung an die demografische Entwicklung gekoppelt.

## Mazal: Reformen später noch schwieriger

Sozialrechtsexperte Wolfgang Mazal argumentierte, dass Reformen für künftige Generationen wegen der gestiegenen Zinslast noch schwieriger würden bzw. härter ausfallen würden. Daran könne man kein Interesse haben, weil ja niemand das System an die Wand fahren wolle.

### **Automatismus senkt „politische Kosten“**

Regierungen tendierten häufig dazu, das Thema Pensionen nicht anzugreifen, weil man dann bei der nächsten Wahl abgestraft werden könnte. Laut URL gibt es jedoch eine gewisse Evidenz, dass es durch einen Automatismus „niedrigere politische Kosten“ gebe. Denn solche Anpassungen des Antrittsalters wären in der Regel kleine Schritte.

### **Felbermayr für Abschlüsse unter Inflation**

Felbermayr wies darauf hin, dass man in den vergangenen fünf Jahren auch Anpassungen der Bezüge vorgenommen habe, die man sich im budgetären Umfeld eigentlich nicht leisten können. So spreche aus Sicht des WIFO-Chefs einiges dafür, nach Jahren einer Erhöhung über der Inflationsrate die nächsten Anpassungen unter der Teuerung vorzunehmen. Halte man das ein paar Jahre durch, würde das schon einiges bringen.

### **Zuschüsse aus Budget vor dramatischem Anstieg**

Immerhin würden die Bundeszuschüsse in der kommenden Gesetzgebungsperiode um 60 Prozent steigen. In der gleichen Zeit müsse auch das Budget saniert werden. Der WIFO-Chef plädierte ferner dafür, das Pensionssystem besser zu differenzieren, also die betriebliche und private Säule auszubauen. Felbermayr nannte das eine „klügere Mobilisierung“ privater Ersparnisse.

NEOS sah sich in der Forderung nach „mutigen Reformen“ bestätigt, wie die Vorsitzende der Jugendorganisation JUNOS, Sophie Wotschke, betonte.

### **Auch Alterssicherungskommission sieht höhere Kosten**

Auch laut dem letzte Woche präsentierten Mittelfristgutachten der im Sozialministerium angesiedelten Alterssicherungskommission steigen die Kosten für Pensionen deutlich: In den kommenden fünf Jahren würden knapp sieben Milliarden Euro mehr für die Pensionen aufzuwenden sein, fünf Milliarden für die gesetzliche Pensionsversicherung, etwa 1,8 Milliarden für die Beamtenpensionen, berichtete das Sozialministerium. Diese Zahlen entsprechen 0,2 Prozent des BIP.

Als wesentliche Gründe für den Anstieg in den kommenden Jahren nannten die Expertinnen und Experten die Auswirkungen der hohen Inflation, schwache Wirtschaftsprognosen und eine steigende Zahl von Neuzugängen in die Pension in den nächsten Jahren.

### **Langfristig einigermaßen stabil**

In ihrem neuen Langfristgutachten sieht die Kommission eine einigermaßen stabile weitere Entwicklung. So werden Bundesbeitrag und Bundesmittel in der gesetzlichen Pensionsversicherung bis 2070 von 2,7 im Jahr 2023 (ohne Ausgleichszulage) auf 6,2 Prozent des BIP steigen. Der höchste Wert dürfte dabei rund um 2060 mit 6,5 Prozent erreicht sein.

Gleichzeitig sinken aber die Ausgaben für Beamtenpensionen von drei auf 0,6 Prozent. Insgesamt entspricht das einem Anstieg der Bundesmittel für die Pensionen um 1,1 Prozent des BIP bis zum Ende des Prognosezeitraumes. Dramatisch steigen wird die Pensionsbelastungsquote. Sie dürfte von derzeit 584 Pensionen auf 1.000 Versicherungsverhältnisse auf 736 im Jahr 2070 nach oben gehen.

red, ORF.at/Agenturen

### **Links:**

- [WIFO](#)
- [Sozialministerium](#)
- [NEOS](#)

Kurier (online), 02.12.2024:

<https://kurier.at/wirtschaft/pension-budget-wirtschaft-wifo-felbermayr/402982998>



WIRTSCHAFT

### Rufe nach Pensionsreform mit höherem Eintrittsalter werden immer lauter

Experten sind für Arbeiten bis 67 und fordern die automatische Kopplung des Eintrittsalters an die steigende Lebenserwartung.

Von [Michael Bachner](#) 02.12.24, 14:30

Der große Sparbedarf im Budget, die am Boden liegende Wirtschaft und nicht zuletzt die laufenden Regierungsverhandlungen ergeben für Fachleute wie **WIFO-Chef Gabriel Felbermayr** den idealen Zeitpunkt, um endlich ernsthaft an eine **Pensionsreform in Österreich** zu denken. 20 Jahre lang sei das System nicht mehr adaptiert worden. Mittlerweile fließt rund ein Viertel des gesamten Bundesbudgets in das Pensionssystem und der Finanzierungsdruck steigt aufgrund der Alterung der Bevölkerung.

"Bis 2029 steigt der Bundeszuschuss zu den Pensionen um 60 Prozent. Im selben Zeitraum fehlen 18 Milliarden Euro auf ein ausgeglichenes Budget. Daher ist es richtig und gerecht jetzt über eine Pensionsreform nachzudenken", sagt Felbermayr.

#### Reform schon vor 20 Jahren notwendig

Auch **Eco-Austria-Chefin Monika Köppl-Turyna** sagt: "Das Pensionssystem steht vor Herausforderungen, die zuletzt durch den neuen Bericht der Alterssicherungskommission bestätigt wurden. Hinzu kommt eine Verschlechterung der Prognose zur demografischen Entwicklung, die dringend beherzte und entschlossene Gegenmaßnahmen erfordert. Die beste Zeit für Reformen war vor 20 Jahren, die zweitbeste ist jetzt."



Nicht nur WIFO-Chef Gabriel Felbermayr fordert eine Pensionsreform

Ein zentraler Grund für den Reformbedarf ist die **steigende Lebenserwartung**. Alle zehn Jahre steigt die Restlebenserwartung in Österreich bei Frauen und Männern um rund ein dreiviertel Jahr, sagt **WIFO-Pensionsexperte Thomas Url**. Und je länger die Menschen leben, ohne dass das Pensionsantrittsalter angehoben wird, desto länger beziehen sie Pension, was das System natürlich verteuert.

[› Alte Idee, neu verpackt: Aktien und Anleihen sollen Pensionen sichern](#)

## Automatismus sinnvoll

Url hat im Auftrag des privaten Vereins "Aktion Generationengerechtigkeit", dem etwa der renommierte **Arbeitsrechtler Wolfgang Mazal** angehört, eine umfangreiche Studie erarbeitet. Darin zeigt Url die verschiedenen Reformationen auf, die andere Länder - allen voran skandinavische - längst gezogen haben. Unter anderem die automatische Anpassung des Antrittsalters.

Sowohl Felbermayr als auch Url halten so eine Automatik persönlich für sinnvoll, wollen das aber nicht als offizielle WIFO-Position verstanden wissen. Diese lautet nämlich "nur", das Pensionsantrittsalter solle perspektivisch bis in die frühen 2040er-Jahre von 65 auf 67 Jahre steigen.



Arbeitsrechtler Wolfgang Mazal meint, es wird künftig nur noch schwieriger.

Auch kurzfristig wirksame Maßnahmen gäbe es, etwa die jährlichen Pensionsanpassungen nicht immer an oder über der Inflation zu machen. Das würde nachhaltig viel Geld sparen. Auch Anpassungen der Korridorpension seien denkbar, also höhere Zu- und Abschläge oder ein höheres Mindestantrittsalter, sind sich die Experten einig.

Längerfristig sei es neben der Anpassung an die Lebenserwartung sinnvoll, die zweite und dritte Säule des Pensionssystems zu stärken, also die **betriebliche und private Altersvorsorge** - verknüpft mit staatlichen Anreizen.

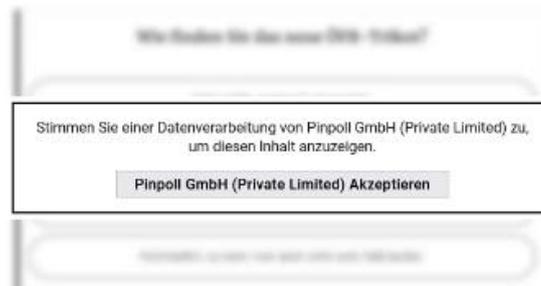
> [Wie die Pensionen gesichert werden könnten](#)

Die Experten waren im Rahmen einer Initiative der "Aktion Generationengerechtigkeit" zusammengekommen, deren Vertreter **Georg Feilth** schon seit langem für entsprechende Maßnahmen eintritt. Seine Devise, die er bei einem gemeinsamen Pressegespräch



41 Kommentare

Wie stattdessen führen würde.



## Nicht beim AMS sparen

Bei allem Sparbedarf keinesfalls kürzen solle man jetzt die **Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik**, sagt Felbermayr. Denn in vielen Bereichen und Branchen herrsche immer noch ein Fachkräftemangel. Und Menschen, die jetzt ihren Job beispielsweise bei KTM verlieren würden, würden anderweitig dringend gesucht. Daher sei ein ausreichendes Budget für die Vermittlungs- und Qualifizierungsarbeit des AMS sinnvoll.



## Länger leben, länger arbeiten – bis weit über 70?

Angesichts der Budgetkrise werden Rufe nach einer Pensionsreform immer lauter

**Pensionen.** „Bis 2029 steigt der Bundeszuschuss zu den Pensionen um 60 Prozent. Im selben Zeitraum fehlen 18 Milliarden Euro für ein ausgeglichenes Budget. Daher ist es richtig und gerecht jetzt über eine Pensionsreform nachzudenken“, sagt WIFO-Chef Gabriel Felbermayr. Geht es nach dem Ökonomen soll das gesetzliche Pensionsantrittsalter bis in die frühen 2040er-Jahre von 65 auf 67 Jahre steigen. Denkbar sei für ihn als Privatperson bzw. WU-Professor auch ein (politisch umstrittener) Pensionsautomatismus wie ihn andere Länder eingeführt haben, sagte Felbermayr bei einer Pressekonferenz des Vereins „Aktion Generationengerechtigkeit“. Durch die automatische An-

hebung des Antrittsalters an die steigende Lebenserwartung würde in Dänemark im Jahr 2070 das Regelpensionsalter von heute 67 auf dann 74 Jahre steigen, in Griechenland auf 72,5 und in Italien auf 72 Jahre, ergänzte WIFO-Pensionsexperte Thomas Uri. Er hat in einer Studie für den besagten Verein internationale Pensionsreformen analysiert und zeigt Handlungsempfehlungen auf. In Österreich steigt alle zehn Jahre die Restlebenserwartung bei Frauen und Männern um rund ein dreiviertel Jahr. Und je länger die Menschen leben, ohne dass das Pensionsantrittsalter angehoben wird, desto länger beziehen sie Pension, was das System natürlich verteuert.

Auch kurzfristig wirksame Maßnahmen gibt es: etwa die jährlichen Pensionsanpassungen nicht immer an oder über der Inflation zu machen. Das würde nachhaltig viel Geld sparen. Auch Anpassungen bei der Korridor pension seien denkbar, also höhere Zu- und Abschläge oder ein höheres Mindestantrittsalter.

### 2. und 3. Säule stärken

Längerfristig sei es neben der Anpassung an die Lebenserwartung sinnvoll, die zweite und dritte Säule des Pensionssystems zu stärken, also die betriebliche und private Altersvorsorge – verknüpft mit staatlichen Anreizen.

Auch Eco-Austria-Chefin Monika Köppl-Turyna drängt auf längeres Arbeiten: „Das

Pensionssystem steht vor Herausforderungen, die zuletzt durch den neuen Bericht der Alterssicherungskommission bestätigt wurden. Hinzu kommt eine Verschlechterung der Prognose zur demografischen Entwicklung, die dringend beherzigt und entschlossene Gegenmaßnahmen erfordert. Die beste Zeit für Reformen war vor 20 Jahren, die zweitbeste ist jetzt.“

Bei allem Sparbedarf keinesfalls kürzen solle jetzt man die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik, sagt Felbermayr. Denn in vielen Bereichen herrsche immer noch ein Fachkräftemangel. Und Menschen, die ihren Job z. B. bei KTM verlieren, werden anderweitig dringend gesucht.

**MICHAEL BACHNER**

# Die Presse

SEIT 1848

DIENSTAG, 3. DEZEMBER 2024 · PREIS: 3,20 EURO · NR. 23.879\*\*\*



## Die verdrängte Pensionskrise

**Demografie.**  
Der Druck auf Österreichs Pensionssystem steigt. In den Koalitionsverhandlungen spielt eine echte Reform keine Rolle. **15**



### LEITARTIKEL

VON WIELAND SCHNEIDER

## Die Welt befindet sich in einer gefährlichen Phase

Wer offene Rechnungen hat, könnte die Zeit bis zu Trumps Amtsantritt nützen, um Fakten zu schaffen. Das zeigt sich in Syrien bei der Offensive der von Erdoğan protegierten Rebellen. Die Europäer scheinen auf diese Entwicklungen nicht vorbereitet.



Die Welt befindet sich in einer gefährlichen Übergangsphase. Denn in den USA herrscht ein Führungsvakuum. Die Macht von Präsident Joe Biden verblasst schon jetzt. Doch erst am 20. Jänner sitzt Donald Trump im Weißen Haus. Zwar hat Trump im Wahlkampf allerlei außenpolitische Ansagen gemacht. Er gilt aber als unberechenbar – als jemand, von dem man nicht sicher sagen kann, wie er in internationalen Fragen entscheiden wird. Damit ist für alle, die offene Rechnungen haben, genau jetzt der Zeitpunkt, um Fakten zu schaffen. Fakten, die sie sich vielleicht später von Trump absegnen lassen. Denn dass der selbst ernannte Desolator in Washington notfalls nur wenig Berührungspunkte hat, hat sich bei seinen Treffen mit Nordkoreas Diktator, Kim Jong-un, und seinem Abkommen mit den Taliban-Extremisten in Afghanistan gezeigt. Das ist wohl nun auch in die Überlegungen der syrischen Rebellen und ihres Schutzherrn Recep Tayyip Erdoğan eingeflossen. Der türkische Präsident erhielt schon einmal von Trump grünes Licht für eine Offensive in Nordsyrien. Der türkische Angriff richtete sich damals gegen kurdische Kräfte, die eigentlich mit den USA verbündet sind. Jetzt sind die Großstadt Aleppo und weitere Gebiete in die Hände der von Ankara protegierten Milizen gefallen. Sie rücken weiter vor. Dabei geraten auch kurdisch kontrollierte Territorien ins Visier. Offiziell unterstützt Erdoğan nur den weniger radikalen Teil des Rebellenbündnisses, das nun auf dem

Vormarsch ist. De facto hat er die Speerspitze der Aufständischen, die aus der al-Qaida hervorgegangene Islamistenmiliz HTS, aber stets toleriert. Ohne sein Einverständnis hätten die Rebellen nicht Josschlagen können. Und mit ihrem Machtbereich wächst auch der Machtbereich der Türkei in Syrien. Das bringt Erdoğan in eine stärkere Position: in seinem Dauerkrieg gegen die von Kurden angeführte Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien – und bei seinen Verhandlungen mit dem syrischen Diktator, Bashar al-Assad.

Der Zeitpunkt ist für die Rebellen auch günstig, weil sie Assad auf dem falschen Fuß erwisch haben. Der Machthaber hat sich militärisch auf seine Alliierten in Teheran und Moskau verlassen. Doch der Iran und die mit Teheran und Assad verbündete Schiitenmiliz Hisbollah sind durch den Konflikt mit Israel massiv geschwächt. Und Russland konzentriert sich zuletzt auf seinen kraftzehrenden Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Überrascht vom Auffammern der Kämpfe in Syrien wurden auch die Europäer. Sie rufen alle Kriegsparteien zu einer Waffenruhe auf. Von großem Erfolg werden diese Appelle aber leider nicht gekrönt sein. Die Europäer sind in der Region weitgehend nur Zuschauer. Das zeigt sich beim Konflikt zwischen Israel und der Hamas. Und das gilt auch für Syrien. Dabei liegt das Land am Mittelmeer in direkter Nachbarschaft der EU. Damit bekommt die Union auch direkt die Auswirkungen des Kriegs zu spüren. Ein Teil der Menschen, die aus Syrien

fliehen, wird früher oder später versuchen, auch in die EU zu gelangen. Das zeigte sich bereits in der Vergangenheit.

Ein Teil von Erdogans Plan ist, syrische Flüchtlinge aus der Türkei in die von den Rebellen eroberten Regionen zu bringen oder Assad zur Rücknahme der Menschen zu bewegen. Doch wie viele dieser Syrer wollen im Regimegebiet leben oder in Gegenden, die von Islamisten beherrscht werden? Und was, wenn ein Vorstoß islamistischer Milizen auf die von Kurden kontrollierten Territorien eine neue Fluchtwelle auslöst? In Europa scheint man darauf nicht wirklich vorbereitet. Man wartet auch nur darauf, was ab Jänner im Weißen Haus entschieden wird.

E-Mail: [wieland.schneider@diepresse.com](mailto:wieland.schneider@diepresse.com)

### Wer kämpft in Syrien gegen wen und warum?

Die Rebellen profitieren von der Schwäche des Iran und der Hilfe der Türkei.

**2**

### Schwarz-Blau: Der neue Klassiker auf dem Land

Die steirische FPÖ möchte mit der ÖVP koalieren und setzte damit ein Muster in den Bundesländern fort.

**8**

### Ein Brüsseler Sturm im Aschenbecher

Die Empfehlung, das Rauchen in Schamigärten zu unterbinden, hat Empörung ausgelöst.

**9**

COLUMBUS  
**REISETHEK**

0800 560 080  
service@reisethek.at

**Karibik** Emerald Sakara

Reisetermin  
18.11. – 01.12.25 (weitere Termine buchbar)  
13 Tage im DZ ab € 2.250 p.P.  
(Preis inkl. des Mindestlohn oder Zuhilfenahme 12 auf Anfrage)  
Europa-Reiseversicherung ab € 74 p.P. im DZ



# Economist

Die Presse DIENSTAG, 3. DEZEMBER 2024

15

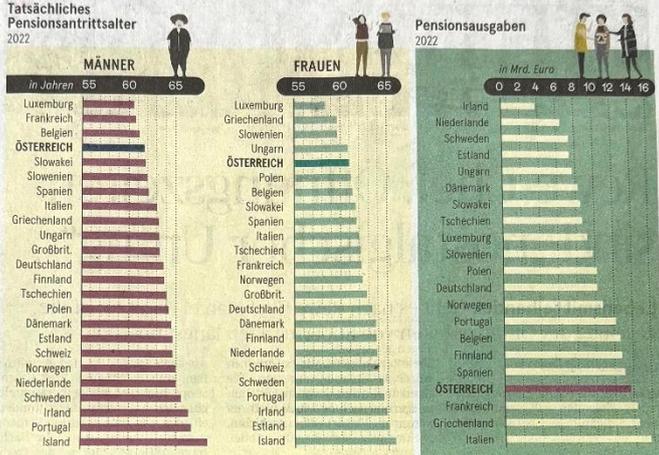
## Wo Österreich bei Pensionen abschauen könnte

**Sozialpolitik.** Die Ausgaben für Pensionen steigen stark. Dennoch hat eine Pensionsreform in den Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP, SPÖ und Neos derzeit keine Priorität. Andere Länder sind da deutlich weiter und liefern Inspiration.

VON JEANNINE HIERLÄNDER

Wien. Die letzte große Pensionsreform liegt in Österreich 20 Jahre zurück. Damals wurden die Umstellung auf das Pensionskonto und die lebenslange Durchrechnung beschlossen. Seither habe es „20 Jahre Stillstand“ gegeben, kritisierte Wifo-Direktor Gabriel Felbermayr am Montag. Die staatlichen Kosten für Pensionen steigen, dennoch hat eine Pensionsreform in den Regierungsverhandlungen keine Priorität. Nur die Neos drängen auf eine Reform. Die SPÖ lehnt eine solche ab, und auch die ÖVP ließ das Thema zuletzt außen vor. Andere Länder sind deutlich weiter. Ein Überblick.

### Pensionierungen in Europa



### Die Ausgangslage

Knapp 30 Mrd. Euro, ein Viertel des österreichischen Budgets, fließen heuer in die Pensionen. Davon sind 16,7 Mrd. Euro Zuschüsse zur Pensionsversicherung und 12,8 Mrd. Euro für Beamtenpensionen. Laut dem aktuellen Gutachten der Alterssicherungskommission werden in den kommenden fünf Jahren etwa sieben Mrd. Euro mehr für Pensionen anfallen. Noch drastischer ist der Ausblick bis zum Jahr 2070. Demnach steigt der Anteil der Zuschüsse zur Pensionsversicherung am BIP von 2,7 Prozent auf 6,2 Prozent. Die Ausgaben für Beamtenpensionen sinken im Gegenzug von drei auf 0,6 Prozent.

### Die Lebenserwartung

Der demografische Druck steigt: 2023 kamen in Österreich auf eine Person im Pensionsalter 3,1 Personen im sogenannten erwerbsfähigen Alter von 20 bis 64 Jahren. Im Jahr 1950 war das Verhältnis noch eins zu 5,8. Und im Jahr 2040 werden laut den Prognosen der Statistik Austria auf eine Person im Pensionsalter nur noch zwei im Erwerbsalter kommen.

Andere Länder stehen vor demselben Problem. Vielerorts wurden daher zuletzt Reformen umgesetzt. Die meisten Länder setzen dabei auf eine Anhebung des Pensionseintrittsalters, sagt Thomas Url vom Wifo, der im Auftrag des Vereins Aktion Generationengerechtigkeit die Pensionsreformen in Europa analysiert hat. In Frankreich und Schweden wurde sowohl das gesetzliche Pensionseintrittsalter als auch das Mindestalter für eine vorzeitige Alterspension angehoben. In Schweden wurde zudem seitens der Regierung explizit das Ziel ausgegeben, dass die Bürger bis zum Alter von zumindest 67 Jahren erwerbstätig sein sollen. In der Slowakei wurde das Regelpensionseintrittsalter mit der Lebenserwartung

verknüpft. Auch in Österreich müsse man davon ausgehen, dass die Restlebenserwartung alle zehn Jahre um ein Dreivierteljahr ansteigt. Das Wifo empfiehlt daher, dass auch Österreich einen Mechanismus einführt, der das Pensionseintrittsalter mit der Lebenserwartung verknüpft.

### Das Antrittsalter

Das höchste faktische Pensionseintrittsalter in Europa-Vergleich weist (Stand 2022) Island auf, wo Männer mit durchschnittlich 68,3 Jahren und Frauen mit durchschnittlich 65,8 Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Dort ist allerdings auch das Regelpensionseintrittsalter mit 67 Jahren relativ hoch. Am niedrigsten ist das Austrittsalter in Luxemburg (Männer: 60,5 Jahre, Frauen: 58,4 Jahre), hier ist auch das gesetzliche Antrittsalter mit 62 Jahren vergleichsweise niedrig. Österreich liegt beim Pensionseintritt im unteren Durchschnitt: Mit 60,9 Jahren hat Österreich im Vergleich der EU-Länder das fünfthöchste Antrittsalter, für Männer mit 61,6 Jahren das vierthöchste. Diese Daten stammen aus dem EU-„Ageing Report“.

### Vorbild Skandinavien

„Skandinavien ist bei der Zukunftssicherung des Pensionssystems viel weiter“, sagte Wifo-Direktor Felber-

mayr bei der Präsentation der Studie. So wurde in Schweden nicht nur das Regelpensionseintrittsalter mit der Lebenserwartung verknüpft, sondern es wurden auch die Einkommensteuer bzw. die Sozialversicherungsbeiträge für ältere Erwerbstätige bzw. Pensionisten gesenkt. Auf Letzteres drängt in Österreich die ÖVP. Auch Dänemark hat die steigende Lebenserwartung längst eingepreist und außerdem die betriebliche und die private Vorsorge gestärkt. Schweden hat weiters auf die starke Zuwanderung reagiert und beschlossen, dass Sozialleistungen wie die Mindestpension nur noch an Menschen ausbezahlt werden, die ihren Wohnsitz in Schweden haben. Laut einer Berechnung des Wifo steigt das Pensionseintrittsalter in Schweden durch die Koppelung an die Lebenserwartung bis zum Jahr 2070 auf 70 Jahre, in Dänemark sogar auf 74 Jahre.

### Die Vorschläge

Was genau wäre also in Österreich zu tun? Laut Url vom Wifo wäre schon viel getan, wenn man die Pensionen lediglich um die Inflation erhöhen würde, wie es das Gesetz vorsieht. „In den letzten 20 Jahren wurde diese Regel 18 Mal gebrochen“, sagte er am Montag. Eco-Austria-Chefin Monika Köppl-Turyina empfiehlt eine stärkere Ausrichtung des österreichischen Pensionssystems am Kapitalmarkt. Ein Problem sei, dass betriebliche Pensionskassen eine Kapitalgarantie bieten müssen, das schmälere die Rendite und mache das System unattraktiv. Laut Agenda-Austria-Direktor Franz Schellhorn müsse die automatische Indexierung von Löhnen und Pensionen überdacht werden, denn diese österreichischen „Sonderregelungen“ gebe der Markt nicht her. Perspektivisch müsse das gesetzliche Pensionseintrittsalter auf 67 Jahre steigen, so Wifo-Chef Felbermayr. Dafür müsste man bereits jetzt die entsprechenden Regelungen beschließen.

## Arbeitslosigkeit: Mehr als sieben Prozent ohne Job

**Arbeitsmarkt.** Die Arbeitslosenquote stieg im November auf 7,1 Prozent. 384.000 Menschen sind auf Arbeitssuche.

Wien. Der negative Trend auf dem Arbeitsmarkt hat sich angesichts der Wirtschaftslaute im November fortgesetzt. Ende des Monats waren rund 384.000 Personen beim Arbeitsmarktservice (AMS) arbeitslos oder in Schulung gemeldet, das entspricht einem Plus von gut 31.400 Personen bzw. einem Zuwachs von 8,9 Prozent zum Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote stieg um 0,6 Prozentpunkte auf 7,1 Prozent, wie das Arbeits- und Wirtschaftsministerium am Montag mitteilte.

Besonders stark fiel der Zuwachs in der Warenherzeugung/Industrie mit einem Plus von 16,2 Prozent aus, wobei hier vor allem die angeschlagene Automobilindustrie sowie die Lebensmittelindustrie von steigender Arbeitslosigkeit betroffen waren. „Schon seit Jänner 2024 beobachten wir, dass jeden Monat die Beschäftigung in der Industrie gegenüber dem Vorjahr sinkt“, sagte AMS-Vorständin Petra Draxl. Neben der schon länger stagnierenden Gesamtbeschäftigung sei auch das ein

„Zeichen für die Rezession, in der wir uns befinden“.

Kaum besser ist die Lage im Handel mit einem Plus von zehn Prozent sowie im Verkehrs- und Lagerwesen mit einem Zuwachs von 9,5 Prozent. Geringer als zuletzt fiel die Steigerung im schwächelnden Bausektor aus, der ein Plus von 4,4 Prozent verzeichnete.

### Oberösterreich auffällig

Nach Bundesländern gab es den größten Anstieg im industriestarken Oberösterreich (plus 15 Prozent), wo derzeit die Pleite von KTM mit 3600 betroffenen Mitarbeitern für Negativschlagzeilen sorgt. Deutliche Anstiege waren auch in der Steiermark (plus 11,7 Prozent) sowie in Salzburg (plus zehn Prozent) zu verzeichnen. Dahinter folgten Wien (plus 8,1 Prozent), Vorarlberg (plus 7,8 Prozent), Burgenland (plus 7,6 Prozent), Niederösterreich (plus 7,2 Prozent) sowie Tirol (plus sechs Prozent). Den geringsten Zuwachs verzeichnete Kärnten (plus fünf Prozent).

Die schwache Wirtschaftsentwicklung macht sich auch am Stellenmarkt bemerkbar. Beim Arbeitsmarktservice waren Ende November knapp 83.000 offene Stellen als sofort verfügbar gemeldet, ein Minus von 12,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Der ÖVP-Wirtschafts-

„Als exportorientiertes Land spüren wir die schwache weltweite Nachfrage und das niedrige Wachstum in Deutschland.“

Martin Kocher  
Arbeitsminister (ÖVP)

bund, der in seinem Stellenmonitor auch alle Jobportale erfasst, verzeichnete rund 152.000 vakante

Stellen und damit ebenso weniger als zuletzt. Arbeitsminister Martin Kocher (ÖVP) sieht die Ursache für die weitere Verschlechterung am Arbeitsmarkt vor allem in der weltweit schwachen Konjunktur. „Als exportorientiertes Land spüren wir die schwache weltweite Nachfrage und das niedrige Wachstum in Deutschland stärker als Länder, die geringere Exportquoten aufweisen.“

Kritisch äußerte sich zuvor die Arbeiterkammer, die neben der internationalen Konjunkturschwäche auch eine „verfehlte Wirtschaftspolitik“ der türkis-grünen Regierung als Grund für die aktuelle Misere ausmacht. Präsidentin Renate Anderl plädierte daher für Investitionen in die aktive Arbeitsmarktpolitik des AMS. Die Industriellenvereinigung und die Wirtschaftskammer (WKO) fordern hingegen eine Senkung der Lohnnebenkosten. So könnten Unternehmen in der Krise besser „durchtauchen“, sagt WKO-Generalsekretär Karlheinz Kopf. (APA)

### HEUTE IM ECO-VIDEO



Julia Pollak spricht mit Jeannine Hierländer über verschiedene Pensionssysteme in Europa.

diepresse.com/video

### MORGEN IM NEWSLETTER



Oliver Grimm

berichtet jeden Mittwoch aus Brüssel über die aktuellsten Ereignisse in der EU.

Anmeldung für den täglichen Newsletter (Mo-Sa). Holen Sie sich die News direkt in Ihren Postkasten.



# Die Presse (Online) Österreich 02.12.2022:

<https://www.diepresse.com/19137913/wo-oesterreich-fuer-die-pensionsreform-abschauen-koennte>

Dienstag, 5. Dezember 2024
Die Presse
Guten Tag, Mag. Thomas Pfl

Wien 0°C
ePaper Audio Video Newsletter Events

NACHRICHTEN MEINUNG MAGAZIN Österreich International Geld & Finanzen Über Geld spricht man Young Finance Die Bilanz Kondkonomie Let's



P
Alterssicherung

## Wo Österreich für die Pensionsreform abschauen könnte

Die Ausgaben für Pensionen steigen stark. Dennoch hat eine Pensionsreform in den Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP, SPÖ und Neos derzeit keine Priorität. Andere Länder sind da deutlich weiter und liefern Inspiration.

Artikel ansehen
📄 📺 🗨️



Österreichs Bevölkerung altert. Andere Länder reformieren, in Österreich wird das Thema Pensionsreform stattdessen nicht behandelt. Getty

02.12.2024 um 19:27

VON

Jeannine Herlinder

+ folgen

Die letzte große Pensionsreform liegt in Österreich 20 Jahre zurück. Damals wurden die Umstellung auf das Pensenkonto und die lebenslange Durchrechnung beschlossen. Seither habe es „20 Jahre Stillstand“ gegeben, kritisierte Wifo-Direktor Gabriel Felbermayr am Montag. Die staatlichen Kosten für Pensionen steigen, dennoch hat eine Pensionsreform in den Regierungsverhandlungen keine Priorität. Nur die Neos drängen auf eine Reform. Die SPÖ lehnt eine solche dezidiert ab, und auch die ÖVP ließ das Thema zuletzt auf den Vorplatz. Andere Länder sind deutlich weiter. Ein Überblick.

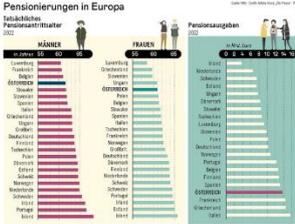
### Die Ausgangslage

Knapp 30 Mrd. Euro, ein Viertel des österreichischen Budgets, fließen heute in die Pensionen. Davon sind 16,7 Mrd. Euro Zuschüsse zur Pensionsversicherung und 12,8 Mrd. Euro für Beamtenpensionen. Laut dem aktuellen Gutachten der Alterssicherungskommission werden in den kommenden fünf Jahren etwa sieben Mrd. Euro mehr für Pensionen anfallen. Noch drastischer ist der Ausblick bis zum Jahr 2070. Demnach steigt der Anteil der Zuschüsse zur Pensionsversicherung am BIP von 2,7 Prozent auf 6,2 Prozent. Die Ausgaben für Beamtenpensionen sinken im Gegenzug von drei auf 0,6 Prozent.

### Die Lebenserwartung

Der demografische Druck steigt: 2023 kamen in Österreich auf eine Person im Pensionsalter 2,1 Personen im sogenannten erwerbsfähigen Alter von 20 bis 64 Jahren. Im Jahr 1950 war das Verhältnis noch eins zu 5,8. Und im Jahr 2040 werden laut den Prognosen der Statistik Austria auf eine Person im Pensionsalter nur noch zwei im Erwerbsalter kommen. Andere Länder stehen vor demselben Problem. Vorerorts wurden daher zuletzt Reformen umgesetzt. Die meisten Länder setzen dabei auf eine Anhebung des Pensionseintrittsalters, sagt Thomas Utl von Wifo, der im Auftrag des Vereins Aktion Generationengerechtigkeit die Pensionsreformen in Europa analysiert hat.

Pensionierungen in Europa





In Frankreich und Schweden wurde sowohl das gesetzliche Pensionsantrittsalter als auch das Mindestalter für eine vorzeitige Alterspension angehoben. In Schweden wurde zudem seitens der Regierung explizit das Ziel ausgegeben, dass die Bürger bis zum Alter von zumindest 67 Jahren erwerbstätig sein sollen. In der Slowakei wurde das Regelpensionsalter mit der Lebenserwartung verknüpft. Auch in Österreich müsse man davon ausgehen, dass die Restlebenserwartung alle zehn Jahre um ein Dreivierteljahr ansteigt. Das Wifo empfiehlt daher, dass auch Österreich einen Mechanismus einführt, der das Pensionsantrittsalter mit der Lebenserwartung verknüpft.

#### Das Antrittsalter

Das höchste faktische Pensionsantrittsalter im Europa-Vergleich weist (Stand 2022) Island auf, wo Männer mit durchschnittlich 68,3 Jahren und Frauen mit durchschnittlich 65,8 Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Dort ist allerdings auch das Regelpensionsalter mit 67 Jahren relativ hoch. Am niedrigsten ist das Austrittsalter in Luxemburg (Männer: 60,5 Jahre, Frauen: 58,4 Jahre), hier ist auch das gesetzliche Antrittsalter mit 62 Jahren vergleichsweise niedrig. Österreich liegt beim Pensionsantritt im unteren Durchschnitt: Mit 60,9 Jahren hat Österreich im Vergleich der EU-Länder das fünftniedrigste Antrittsalter, für Männer mit 61,6 Jahren das viertniedrigste. Diese Daten stammen aus dem EU-„Ageing Report“.

#### Vorbild Skandinavien

„Skandinavien ist bei der Zukunftssicherung des Pensionssystems viel weiter“, sagte Wifo-Direktor Felbermayr bei der Präsentation der Studie. So wurde in Schweden nicht nur das Regelpensionsalter mit der Lebenserwartung verknüpft, sondern es wurden auch die Einkommensteuer bzw. die Sozialversicherungsbeiträge für ältere Erwerbstätige bzw. Pensionisten gesenkt. Auf Letzteres drängt in Österreich die ÖVP. Auch Dänemark hat die steigende Lebenserwartung längst eingepreist und außerdem die betriebliche und die private Vorsorge gestärkt. Schweden hat weiters auf die starke Zuwanderung reagiert und beschlossen, dass Sozialleistungen wie die Mindestpension nur noch an Menschen ausgezahlt werden, die ihren Wohnsitz in Schweden haben. Laut einer Berechnung des Wifo steigt das Pensionsantrittsalter in Schweden durch die Koppelung an die Lebenserwartung bis zum Jahr 2070 auf 70 Jahre, in Dänemark sogar auf 74 Jahre.

#### Die Vorschläge

Was genau wäre also in Österreich zu tun? Laut Url vom Wifo wäre schon viel getan, wenn man die Pensionen lediglich um die Inflation erhöhen würde, wie es das Gesetz vorsieht. „In den letzten 20 Jahren wurde diese Regel 18 Mal gebrochen“, sagte er am Montag. Eco-Austria-Chefin **Monika Köppl**-Turyna empfiehlt eine stärkere Ausrichtung des österreichischen Pensionssystems am Kapitalmarkt. Ein Problem sei, dass betriebliche Pensionskassen eine Kapitalgarantie bieten müssen, das schmälere die Rendite und mache das System unattraktiv. Laut Agenda-Austria-Direktor **Franz Schellhorn** müsse die automatische Indexierung von Löhnen und Pensionen überdacht werden, denn diese österreichischen „Sonderregelungen“ gebe der Markt nicht her. Perspektivisch müsse das gesetzliche Pensionsantrittsalter auf 67 Jahre steigen, so Wifo-Chef Felbermayr. Dafür müsste man bereits jetzt die entsprechenden Regelungen beschließen.

Börse ATX DAX US 30 EUR/USD Bitcoin

EXTREM TEURES SYSTEM

## Ohne Reformen steigen die Pensionsausgaben massiv

Wirtschaft | 02.12.2024 19:00



Die Zuschüsse ins Pensionssystem galoppieren davon. (Bild: S.Gnatiuk/stock.adobe.com)

Die Pensionen sind sicher, aber zu welchem Preis? Faktum ist, dass das österreichische System im internationalen Vergleich besonders teuer ist. Um die Kosten nicht weiter aus dem Ruder laufen zu lassen, drängen Experten auf Schritte der künftigen Regierung. „Ohne Reformen droht eine unzumutbare Last für künftige Generationen“, warnt Wifo-Ökonom Thomas Url.

▶ Artikel anhören

↻ Teilen

🔖

💬 263 Kommentare

Die Koalitionsverhandler sind gerade auf der Suche nach fünf Milliarden Euro, um 2025 das Defizit in den Griff zu bekommen. Der hohe Sparbedarf liegt auch am teuren Pensionssystem. Allein nächstes Jahr muss der Bund 2,4 Milliarden Euro mehr ausgeben. „Das wäre schon das halbe Sanierungspaket“, sagt Url.

### Staat muss immer mehr ins System pumpen

„Die Bundesmittel steigen um fast 60 Prozent in den nächsten Jahren, die Beiträge um 30 Prozent“, betont auch der frühere Chef der Alterssicherungskommission und Ex-Sektionschef Walter Pöltner. Alleine in den kommenden fünf Jahren werden laut Sozialministerium knapp sieben Milliarden Euro mehr aus dem Budget für die Pensionen aufzuwenden sein, davon fünf Milliarden für die gesetzliche Pensionsversicherung, etwa 1,8 Milliarden für die Beamtenpensionen.

„Wer hier sagt, das geht sich alles aus, oder das ist kein Problem, ist entweder blind oder kann nicht rechnen“, meint der Unternehmer Georg Feith, Initiator der „Aktion Generationen Gerechtigkeit“. Pöltner stellt gar nicht in Abrede, dass die Pensionen sicher sind, die Frage ist nur: Zu welchem Preis?



**„Das niedrige faktische Pensionsantrittsalter und die hohen Ersatzraten sind zentrale Hebel, um den Zuschussbedarf zu senken.“**



Walter Pöltner, Ex-Chef der Alterssicherungskommission  
Bild: Kronen Zeitung/Chris Koller

Den immer weniger Erwerbstätige müssen im Schnitt einen Pensionisten finanzieren, das liegt auf der Hand. Im Jahr 1980 kamen auf einen Rentner noch 4,5 Werkstätige, im Vorjahr 3 und 2050 werden es nur noch 1,7 sein. Dadurch wird der Staat immer mehr ins System hineinpumpen müssen, was Spielraum für andere Ausgaben beschränkt. Denn die Beiträge reichen weiterhin nicht aus, und der Bund muss diese Lücke schließen, was Jahr für Jahr mehr Steuermittel verschlingt.

### Viertel des Budgets für Rentner

Schon jetzt sind Pensionen mit 30 Milliarden Euro im Jahr der größte Ausgabeposten, ein Viertel des Bundesbudgets und zwei Drittel der Sozialausgaben entfallen darauf, von den Zinsen der steigenden Verschuldung ganz zu schweigen. Für Bildung (rund 20 Milliarden Euro) wird weniger ausgegeben.



Ein Blick über die Grenzen zeigt: In der EU haben, gemessen an der Wirtschaftsleistung, nur Griechenland, Italien und Frankreich ein teureres System (siehe Grafik). An diesem Platz im Ranking wird sich ohne Gegensteuern wenig ändern. „Vor allem das niedrige faktische Pensionsantrittsalter und die hohen Ersatzraten sind zentrale Hebel, um den Zuschussbedarf zu senken“, meint Pöttl.

Sehr dringend sei die Erhöhung des Antrittsalters, betont auch Url. „Mit einem Automatismus kann das an die Lebenserwartung gekoppelt werden.“ Das ist bereits in einem Viertel der OECD-Länder so umgesetzt. Ebenfalls soll der Pensionskorridor um ein Jahr auf 63 bis 69 Jahre erhöht werden. Abgesehen davon rät das Wifo von „Überanpassungen“ ab und fordert höhere Abschläge bei vorzeitiger Pension, wie etwa in Spanien.

Dafür soll längeres Arbeiten über das gesetzliche Alter hinaus, auch belohnt werden, durch eine bessere Rente im Ruhestand. Auch Anreize, um Rentner länger im Erwerbsleben zu halten (weniger Sozialversicherung und Steuern), zeigen Wirkung, wie zum Beispiel Tschechien beweist. Ältere Arbeitnehmer haben zudem einen großen Wert für den Arbeitsmarkt, betont auch das Wifo.

**Lesen Sie auch:**



**TIPPS FÜR KOALITION**  
**Wo der Staat „einfach“ Milliarden sparen kann**  
30.11.2024

**KOSTEN STEIGEN**  
**Jeder vierte Budget-Euro fließt ins Pensionssystem**  
07.11.2024

Auch ein Pensionssplitting halten die Experten für sinnvoll, um geringere Bezüge als Frau abzufedern. So werden die Kinderbetreuungszeiten rechnerisch zwischen den Partnern aufgeteilt. Mit einer Opt-out-Option kann hier weiterhin Wahlfreiheit bestehen, sollte jemand das nicht in Anspruch nehmen wollen. Daneben ist auch eine Stärkung der zweiten Säule, der betrieblichen Altersvorsorge, sinnvoll. Hier sollen die Veranlagungsbeschränkungen gelockert werden und die Kapitalertragssteuer bei längerer Veranlagung wegfallen.

**Kapitalmarkt kann das Pensionssystem ergänzen**

Und auch der Finanzmarkt könnte das Budget entlasten, zeigt Schweden: Dort gibt es neben der Umlagen- auch eine Kapitalmarkt-Komponente („Aktienpension“), die das System für den Staat finanzierbar hält. Die schwedischen Arbeitnehmer müssen 2,5 Prozent ihres Bruttoeinkommens in Vorsorgefonds abführen. Die Wahl kann zwischen dem staatlichen AP7-Fonds und anderen Fondslösungen getroffen werden.

# Ohne Reformen steigen Rentenausgaben massiv

Die Pensionen sind zwar sicher, aber zu welchem Preis? Im internationalen Vergleich ist unser System besonders teuer.

Die Koalitionsverhandler sind gerade auf der Suche nach fünf Milliarden €, um 2025 das Defizit in den Griff zu bekommen. Der hohe Sparbedarf liegt auch am teuren Pensionssystem. Allein nächstes Jahr muss der Bund 2,4 Milliarden € mehr ausgeben. „Das wäre schon das halbe Sanierungspaket“, sagt WiFo-Experte Thomas Url.

## Bund muss um 7 Milliarden Euro mehr zuschließen

Die Bundesmittel steigen in den nächsten Jahren um 60%, die Beiträge nur um 30%. In den kommenden fünf Jahren sind es sieben Milliarden € Mehrausgaben.

Den immer weniger Erwerbstätige müssen im Schnitt einen Pensionisten finanzieren. 1980 kamen auf einen Rentner noch 4,5 Werkstätige, im Vorjahr 3 und 2050 werden es nur noch 1,7 sein. Dadurch wird der Staat immer mehr ins System hineinpumpen müssen, was Spielraum für andere Ausgaben beschränkt.

Schon jetzt sind Pensionen mit 30 Milliarden € im Jahr der größte Ausgabepos-

ten, ein Viertel des Bundesbudgets und zwei Drittel der Sozialausgaben entfallen darauf, von den Zinsen der steigenden Verschuldung ganz zu schweigen. Für Bildung (rund 20 Milliarden €) wird weniger ausgegeben.

Ein Blick über die Grenzen zeigt: In der EU haben gemessen am BIP, nur Griechenland, Italien und Frankreich ein teureres System (Grafik). An diesem Platz im Ranking wird sich ohne Gegensteuern wenig ändern.

Sehr dringend sei die Erhöhung des Eintrittsalters. „Mit einem Automatismus kann das an die Lebenserwartung gekoppelt werden“, so Url. Das ist bereits in einem Viertel der OECD-Länder so. Ebenfalls soll der Pensionskorridor um ein Jahr auf 63 bis 69 Jahre erhöht werden. Abgesehen davon rät das WiFo von „Überanpassungen“ ab und fordert höhere Abschläge bei vorzeitiger Pension, wie etwa in Spanien. Auch Anreize, um Rentner länger im Erwerbsleben zu halten (weniger SV und Steuern), zeigen Wirkung, wie z. B. Tschechien beweist.

## Kapitalmarkt kann das Pensionssystem ergänzen

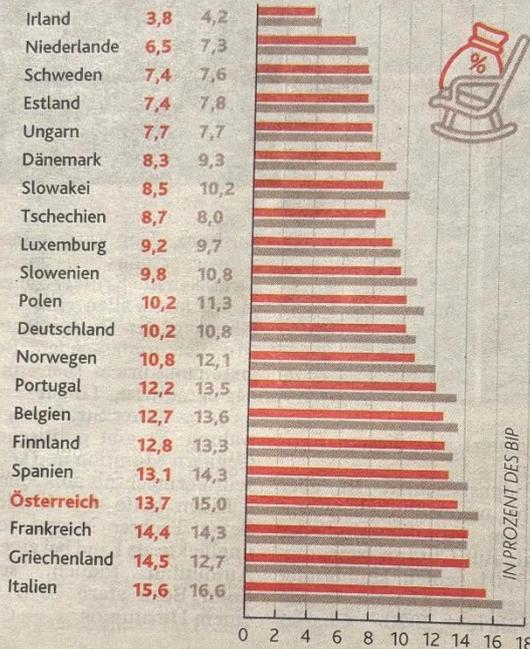
Und auch der Finanzmarkt könnte das Budget entlasten, zeigt Schweden: Dort gibt es neben der Umlagen auch eine Kapitalmarkt-Komponente („Aktienpension“), die das System für den Staat finanzierbar hält.

Peter Stadlmüller

## TEURES PENSIONSSYSTEM

Pensionsausgaben in Europa 2022

Prognose 2030



Krone KREATIV | Foto: Stock Adobe | Quelle: WIFO/Europäische Kommission

Heute (online) 02.12.2024:

---

<https://www.heute.at/s/pensions-hammer-wir-sollen-jetzt-bis-67-arbeiten-120076135>

Startseite > Nachrichten > Wirtschaft

**Alterskosten sprengen Budget**

## Pensions-Hammer – wir sollen jetzt bis 67 arbeiten

Das WIFO schlägt vor, das Pensionsantrittsalter in Österreich auf 67 Jahre anzuheben, um die steigenden Pensionskosten zu bewältigen.



Von Newsdesk Heute  
02.12.2024, 16:20



WIFO-Chef Gabriel Felbermayr schlägt vor, das Pensionsantrittsalter in Österreich auf 67 Jahre anzuheben.  
ALEX HALADA / APA / picturedesk.com

Müssen wir bald alle länger arbeiten? Mit einer brisanten Studie sorgt nun Wirtschaftsforschungsinstituts jetzt für Aufsehen. Analysiert wurde, wie man die Pensionen nachhaltiger aufstellen kann. **Wifo-Chef Gabriel Felbermayr** plädierte für eine Anhebung des Antrittsalters auf 67.

→ **Jetzt lesen: Blau-Schwarz in der Steiermark – das ist der Fahrplan**

Zur Sanierung des Budgets denken Experten auch Kürzungen bei den steigenden Pensionskosten nach. Bei den **Verhandlungen zur Austro-Ampel** ist dies zwischen ÖVP, SPÖ und NEOS jedoch kein Thema.

### Schon jetzt vierthöchste Pensionsausgaben Europas

Weil die Menschen immer älter und dadurch mehr Zeit im Ruhestand verbringen, schießen die Kosten hoch. Schon jetzt sind die Pensionsausgaben relativ zur österreichischen Wirtschaftsleistung die **vierthöchsten in ganz Europa**. Wifo-Chef Felbermayr sieht deshalb Handlungsbedarf: "Allein von 2024 auf 2025 sind 2,5 Milliarden Euro als zusätzliche Zuzahlungen nötig, die Hälfte von dem, was wir dringend einsparen müssen", betonte der Wirtschaftsexperte. "Das stößt an die Grenzen des Budgets".

Die Analyse erschien im Auftrag der "Aktion Generationengerechtigkeit"-Initiative. Während 1980 kamen auf einen Pensionisten noch 4,5 Werk tätige, im Vorjahr waren es drei und 2050 werden es nur noch 1,7 sein, rechnet der Vertreter der Initiative Georg Feith vor.

### EU-Länder erhöhen Pensionsalter auf 70 und 72,5

Neben der Anhebung des Antrittsalters plädiert WU-Professor Felbermayr außerdem dafür, das Pensionsalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Für kurzfristige Abhilfe schlägt Felbermayr zudem Pensionsanpassungen unter der Inflation vor.

EU-weit drehen die viele Staaten bei Pensionen derzeit am Antrittsalter. So dürfte das Antrittsalter in Dänemark bis 2070 auf stolze 74 Jahre steigen. In Griechenland sollen es immer noch 72,5 Jahre sein. Hier warnt Felbermayr. In Griechenland habe es eine Staatspleite gebraucht, um das Pensionssystem zu reformieren, nur habe man dann "sehr dramatische Schritte" setzen müssen. Schweden wiederum hat auch die Höhe der Pensionsanpassung an die demografische Entwicklung gekoppelt.



02.12.2024: Ampel-Streit! Diese Woche geht's ans Eingemachte. Die Verhandlungen zwischen ÖVP, SPÖ und Neos scheinen sich festzufahren. Beim Knackpunkt "Budget" werden die Gräben immer tiefer >>>

picturedesk.com; iStock – "Heute" Montage

**Heute** Wien 1° E-Paper Immo Jobs Newsfix Leser-Reporter Suchen Anmelden

Österreich Sport Nachrichten Life Unterhaltung Community Gewinnen Mehr Video Neueste

Teilen 237 Kommentare

#### Auf den Punkt gebracht

- Das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) schlägt vor, das Pensionsantrittsalter in Österreich auf 67 Jahre anzuheben, um die steigenden Pensionskosten zu bewältigen.
- WIFO-Chef Gabriel Felbermayr betont die Dringlichkeit dieser Maßnahme angesichts der hohen Pensionsausgaben und der demografischen Entwicklung, während andere EU-Länder bereits ähnliche Schritte unternehmen.

Österreich (online), 02.12.2024:

---

<https://www.oe24.at/oesterreich/politik/pensionen-experten-draengen-auf-hoeheres-antrittsalter/614530692>

 **POLITIK-LIVE**

PARTEIEN

AFFÄREN

REGIERUNG

MEINUNGEN

**AUF 67 JAHRE**

# Pensionen: Experten drängen auf höheres Antrittsalter

02.12.24, 16:56 | Aktualisiert: 03.12.24, 06:26



**Sozialexperten haben sich am Montag zusammengetan, um auch angesichts der aktuellen Budgetnöte eine Pensionsreform einzufordern.**

Wifo-Chef Gabriel Felbermayr plädierte für eine Anhebung des Antrittsalters auf 67. Als Privatperson bzw. WU-Professor geht er noch darüber hinaus und wäre dafür, das Pensionsalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Auch kurzfristig wären seiner Ansicht nach Maßnahmen möglich, etwa über Pensionsanpassungen unter der Inflation.

- [Jetzt schon fünftes Bundesland vor Schwarz-Blau](#)
- [Mangelnde Deutsch-Kenntnisse: Schulstreit in Wien eskaliert](#)
- ["Nicht die Wahrheit": Scharfe Hofer-Kritik an Doskozil](#)

Die Experten waren im Rahmen einer Initiative der "Aktion Generationengerechtigkeit" zusammengekommen, deren Vertreter Georg Feith schon seit langem für entsprechende Maßnahmen eintritt. Seine Devise, die er bei einem gemeinsamen Pressegespräch kundtat, lautet: "It's the demography, stupid!". Was er damit meint, ist: 1980 kamen auf einen Pensionisten noch 4,5 Werktätige, im Vorjahr waren es drei und 2050 werden es nur noch 1,7 sein.

## **Studie zeigt internationale Trends**

Alleine daraus ergibt sich für die Experten Reformbedarf und angehen sollte man die Maßnahmen flott, war man sich einig. Basis der Diskussion war eine von Wifo-Experte Thomas Url erstellte Studie, die verglich, mit welchen Schritten andere Staaten in der jüngeren Vergangenheit versucht haben, ihre Systeme wieder flott zu bekommen.

Wie Url ausführte, setzen dabei nur zwei Staaten auf höhere Beiträge, nämlich Irland und Spanien. In letzterem Land wird das zusätzliche Beitragsaufkommen dazu genutzt, einen Fonds zu füllen, der in demografisch schwierigen Zeiten einspringen kann.

## **Meiste Staaten erhöhen Antrittsalter**

Die meisten Staaten drehen aber die Schraube Antrittsalter. So dürfte das Antrittsalter in Dänemark bis 2070 auf stolze 74 Jahre steigen. In Griechenland sollen es immer noch 72,5 Jahre sein. Hier warnt Felbermayr. In Griechenland habe es eine Staatspleite gebraucht, um das Pensionssystem zu reformieren, nur habe man dann "sehr dramatische Schritte" setzen müssen. Schweden wiederum hat auch die Höhe der Pensionsanpassung an die demografische Entwicklung gekoppelt.

Sozialexperte Wolfgang Mazal argumentierte, dass Reformen für künftige Generationen wegen der gestiegenen Zinslast noch schwieriger würden bzw. härter ausfallen würde. Daran könne man kein Interesse haben, weil ja niemand das System an die Wand fahren wolle.

Regierungen tendieren ja dazu, das Thema Pensionen nicht anzugreifen, weil man dann bei der nächsten Wahl abgestraft werden könnte. Laut Url gibt es jedoch eine gewisse Evidenz, dass es durch einen Automatismus "niedrigere politische Kosten" gebe. Denn solche Anpassungen des Antrittsalter wären dann in der Regel kleine Schritte.

## Niedrigere Anpassungen denkbar

Felbermayr wies darauf hin, dass man in den vergangenen fünf Jahren auch Anpassungen der Bezüge vorgenommen habe, die man sich im budgetären Umfeld eigentlich nicht leisten habe können. So spräche aus Sicht des Wifo-Chefs einiges dafür, nach Jahren einer Erhöhung über der Inflationsrate die nächsten Anpassungen unter der Teuerung vorzunehmen. Halte man das ein paar Jahre durch, würde das schon einiges bringen.

Immerhin würden die Bundeszuschüsse in der kommenden Gesetzgebungsperiode um 60 Prozent steigen. In der gleichen Zeit müsse aber auch noch das Budget saniert werden.

Der Wifo-Chef plädierte ferner dafür, das Pensionssystem besser zu differenzieren, also betriebliche und private Säule auszubauen. Felbermayr nennt das eine "klügere Mobilisierung" privater Ersparnisse. Dass die höhere Arbeitslosigkeit eine Pensionsreform schwerer macht, will er nicht so stehen lassen. Wichtiger wäre, die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik nicht zu senken.

## Ex-Sektionschef zweifelt an Politik

Einer, der viel Erfahrung mit Pensionsreform hat, ist der ehemalige Sektionschef und frühere Leiter der Alterssicherungskommission, Walter Pöltner: "Every year the same procedure", meinte er. Es kämen allerlei Berichte mit Datenmaterial und alle zögen an der Politik "unbeobachtet vorbei". Dass die Regierungsverhandler offen genug für eine Einsicht in die Problemlage sein werden, sieht Pöltner skeptisch.

Zumindest die NEOS stünden für eine Reform parat. JUNOS-Vorsitzende und Nationalratsabgeordnete Sophie Wotschke meinte in einer Aussendung, ein Weiterwursteln in der Pensionspolitik könne man sich nicht länger leisten: "Wir brauchen mutige Reformen, die die finanzielle Nachhaltigkeit sichern und gleichzeitig individuelle Wahlmöglichkeiten schaffen."

Fehler im Artikel gefunden? [Jetzt melden.](#)

Österreich, 03.12.2024:

## Budgetloch: Müssen wir bald länger arbeiten?

Pensionen: Experten für höheres Antrittsalter



Wifo-Chef Gabriel Felbermayr plädierte für Anhebung.

**Wien.** Mehrere Sozialexperten forderten am Montag angesichts des klaffenden Budgetlochs eine Pensionsreform. So plädierte Wifo-Chef Gabriel Felbermayr etwa, das Antrittsalter auf 67 zu erhöhen. Als Privatperson bzw. WU-Professorwürde er sogar noch weiter gehen und wäre dafür, das Pensionsalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Kurzfristig seien Maßnahmen wie eine Pensionsanpassung unter der Inflation sinnvoll.

**Aktion.** Die Experten waren im Rahmen der „Aktion Generationengerechtigkeit“ zusammenkommen. Vertreter Georg Feith meinte in Anspielung auf Ex-US-Präsident Bill Clinton: „It's the demography, stupid“. Heißt: 1980 kamen auf einen Pensionisten 4,5 Werktätige, 2023 waren es drei, 2050 werden es nur noch 1,7 sein.

NÖN (online), 03.12.2024:

<https://www.noen.at/in-ausland/soziales-pensionsexperten-wollen-hoeheres-antrittsalter-450079086>

> Pensionsexperten wollen höheres Antrittsalter

PENSIONEN

## Pensionsexperten wollen höheres Antrittsalter

AKTUALISIERT AM 02. DEZEMBER 2024 | 15:03

LESEZEIT: 3 MIN

ANMELDEN, UM ARTIKEL ZU SPEICHERN

AN  
APA /  
NÖN.at



Reformen sind für Felbermayr vonnöten

FOTO: APA/GEORG HOCHMUTH

WERBUNG

aboClub | Login

NÖN

Aktionen | Gewinnspiele

Jet

MEDIATHEK

REGIONEN

NIEDERÖSTERREICH

SPORT

MEINFUSSBALL

IN-AUSLAND

FREIZEIT

Anhebung des Antrittsalters auf 67. Als Privatperson bzw. WU-Professor geht er noch darüber hinaus und wäre dafür, das Pensionsalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Auch kurzfristig wären seiner Ansicht nach Maßnahmen möglich, etwa über Pensionsanpassungen unter der Inflation.

Die Experten waren im Rahmen einer Initiative der "Aktion Generationengerechtigkeit" zusammengekommen, deren Vertreter Georg Feith schon seit langem für entsprechende Maßnahmen eintritt. Seine Devise, die er bei einem gemeinsamen Pressegespräch kundtat, lautet: "It's the demography, stupid!". Was er damit meint, ist: 1980 kamen auf einen Pensionisten noch 4,5 Werk tätige, im Vorjahr waren es drei und 2050 werden es nur noch 1,7 sein.

Der Standard (online), 02.12.2022:

---

<https://www.derstandard.at/story/3000000247474/pensionen-experten-dr228ngen-auf-h246heres-antrittsalter?ref=rss>

PENSIONSSALTER

## Experten drängen auf höheres Antrittsalter bei Pensionen

Mehrere Sozialexperten kamen am Montag zusammen, um eine Pension einzufordern. Verlangt wird eine Anhebung des Antrittsalters

2. Dezember 2024, 15:27

1964 Postings

Später lesen



Um den Budgetnöten beizukommen, soll künftig länger gearbeitet werden.

Astrid08 via www.imago-images.de

Wien – Sozialexperten haben sich am Montag zusammengetan, um auch angesichts der aktuellen Budgetnöte eine Pensionsreform einzufordern. Wifo-Chef Gabriel Felbermayr plädierte für eine Anhebung des Antrittsalters auf 67. Als Privatperson beziehungsweise WU-Professor gehe er noch darüber hinaus und wäre dafür, das Pensionsalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Auch kurzfristig wären seiner Ansicht nach Maßnahmen möglich, etwa über Pensionsanpassungen unter der Inflation.

Die Experten waren im Rahmen einer Initiative der "Aktion Generationengerechtigkeit" zusammengelassen, deren Vertreter Georg Feith schon seit langem für entsprechende Maßnahmen eintritt. Seine Devise, die er bei einem gemeinsamen Pressegespräch kundtat, lautet: "It's the demography, stupid!" Was er damit meint, ist: 1980 kamen auf einen Pensionisten noch 4,5 Werktätige, im Vorjahr waren es drei, und 2050 werden es nur noch 1,7 sein.

### Studie zeigt internationale Trends

Alleine daraus ergibt sich für die Experten Reformbedarf, und angehen sollte man die Maßnahmen flott, war man sich einig. Basis der Diskussion war eine von Wifo-Experte Thomas Url erstellte Studie, die verglich, mit welchen Schritten andere Staaten in der jüngeren Vergangenheit versucht haben, ihre Systeme wieder flottzubekommen.

Wie Url ausführte, setzen dabei nur zwei Staaten auf höhere Beiträge, nämlich Irland und Spanien. In letzterem Land wird das zusätzliche Beitragsaufkommen dazu genutzt, einen Fonds zu füllen, der in demografisch schwierigen Zeiten einspringen kann.

## Viele Staaten erhöhen Antrittsalter

Die meisten Staaten drehen aber die Schraube Antrittsalter. So dürfte das Antrittsalter in Dänemark bis 2070 auf stolze 74 Jahre steigen. In Griechenland sollen es immer noch 72,5 Jahre sein. Hier warnt Felbermayr. In Griechenland habe es eine Staatspleite gebraucht, um das Pensionssystem zu reformieren, nur habe man dann "sehr dramatische Schritte" setzen müssen. Schweden wiederum hat auch die Höhe der Pensionsanpassung an die demografische Entwicklung gekoppelt.

Sozialexperte Wolfgang Mazal argumentierte, dass Reformen für künftige Generationen wegen der gestiegenen Zinslast noch schwieriger würden bzw. härter ausfallen würde. Daran könne man kein Interesse haben, weil ja niemand das System an die Wand fahren wolle.

Regierungen tendieren ja dazu, das Thema Pensionen nicht anzugreifen, weil man dann bei der nächsten Wahl abgestraft werden könnte. Laut Url gibt es jedoch eine gewisse Evidenz, dass es durch einen Automatismus "niedrigere politische Kosten" gebe. Denn solche Anpassungen des Antrittsalters wären dann in der Regel kleine Schritte.

## Niedrigere Anpassungen denkbar

Felbermayr wies darauf hin, dass man in den vergangenen fünf Jahren auch Anpassungen der Bezüge vorgenommen habe, die man sich im budgetären Umfeld eigentlich nicht leisten habe können. So spräche aus Sicht des Wifo-Chefs einiges dafür, nach Jahren einer Erhöhung über der Inflationsrate die nächsten Anpassungen unter der Teuerung vorzunehmen. Halte man das ein paar Jahre durch, würde das schon einiges bringen.

Immerhin würden die Bundeszuschüsse in der kommenden Gesetzgebungsperiode um 60 Prozent steigen. In der gleichen Zeit müsse aber auch noch das Budget saniert werden.

Der Wifo-Chef plädierte ferner dafür, das Pensionssystem besser zu differenzieren, also betriebliche und private Säule auszubauen. Felbermayr nennt das eine "klügere Mobilisierung" privater Ersparnisse. Dass die höhere Arbeitslosigkeit eine Pensionsreform schwerer macht, will er nicht so stehen lassen. Wichtiger wäre, die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik nicht zu senken.

## Ex-Sektionschef zweifelt an Politik

Einer, der viel Erfahrung mit Pensionsreform hat, ist der ehemalige Sektionschef und frühere Leiter der Alterssicherungskommission, Walter Pöltner: "Every year the same procedure", meinte er. Es kämen allerlei Berichte mit Datenmaterial und alle zögen an der Politik "unbeobachtet vorbei". Dass die Regierungsverhandler offen genug für eine Einsicht in die Problemlage sein werden, sieht Pöltner skeptisch.

Zumindest die Neos stünden für eine Reform parat. Junos-Vorsitzende und Nationalratsabgeordnete Sophie Wotschke meinte in einer Aussendung, ein Weiterwursteln in der Pensionspolitik könne man sich nicht länger leisten: "Wir brauchen mutige Reformen, die die finanzielle Nachhaltigkeit sichern und gleichzeitig individuelle Wahlmöglichkeiten schaffen." (APA, 2.12.2024)

<https://www.nachrichten.at/politik/innenpolitik/wifo-chef-felbermayr-moechte-anhebung-des-pensionsantrittsalters-auf-67;art385,4005325>

KOMMENTARE MERKEN TEILEN

POLITIK | INNENPOLITIK

## Arbeiten bis 67: Experten raten zu einer Anhebung des Pensionsantrittsalters

Von Annette Gantner, 02. Dezember 2024, 15:01 Uhr



Wifo-Chef Gabriel Felbermayr

Bild: EVA MANHART (APA)

**WIEN. Liste an Reformvorschlägen: Eingeschränkte Korridor pension, geringere Erhöhung der Pensionen, mehr private Vorsorge.**

*Der Artikel wurde zuletzt um 18:16 Uhr aktualisiert.*

Im noblen Hotel Imperial kam am Montag die Crème de la Crème der heimischen Pensionsexperten zusammen. Das Treffen ging auf eine Initiative der "Aktion Generationengerechtigkeit" zurück. Gemeinsam wurde über Vorschläge an die künftige Regierung diskutiert und darüber, wie das Pensionssystem weiter finanziert werden kann. In einem waren sich die Anwesenden einig: Reformen sind dringend nötig.

Österreichs Pensionssystem basiert auf dem Umlageverfahren. Man zahlt während der Erwerbstätigkeit Pensionsbeiträge in Höhe von 22,8 Prozent des Erwerbseinkommens (gedeckt durch die Höchstbemessungsgrundlage) ein. Geht man in Pension, so wird diese über die Beiträge der aktuell Erwerbstätigen finanziert. 1980 kamen auf einen Pensionisten noch 4,5 Erwerbstätige, 2023 waren es drei, im Jahr 2050 werden es nur noch 1,7 Werk tätige sein. Ein Viertel der Gesamtausgaben des Staates fließt schon jetzt in die Pensionen.

Wifo-Chef Gabriel Felbermayr plädierte dafür, das Pensionsalter auf 67 Jahre zu erhöhen. Zudem sollte bei den nächsten Pensionsanpassungen nicht mehr die Teuerung voll abgedeckt werden. Bei der Korridor pension, die einen vorzeitigen Pensionsantritt ermöglicht, seien Änderungen nötig. Zudem solle die private Vorsorge verstärkt werden, skizzierte Felbermayr die wichtigsten Maßnahmen. Er ging sogar noch weiter und sprach sich in seiner Rolle als Professor an der Wirtschaftsuni für eine automatische Koppelung des Pensionsalters an die Lebenserwartung aus.

MEHR ZUM THEMA



WIRTSCHAFT

**Junge Wirtschaft: "Pensionsalter sollte automatisch mit Lebenserwartung steigen"**

LINZ. Das Netzwerk für junge Selbstständige wünscht sich ein Entlastungspaket.

## Lebenserwartung steigt

Das Vorhaben, einen Pensionsautomatismus einzuführen, ist in Österreich bereits 2008 politisch gescheitert. Hätte die Politik sich damals darauf verständigt, würde das Pensionsantrittsalter heute bereits bei etwa 66,5 Jahren liegen. Wifo-Experte Thomas Url rechnete vor, dass in Österreich die Lebenserwartung alle zehn Jahre um neun Monate steigt.

Url präsentierte am Montag eine umfangreiche Studie zu den unterschiedlichen Pensionsmodellen in Europa. In mehreren Ländern wurde das Antrittsalter bereits nach oben geschraubt. In Dänemark liegt es derzeit bei 67 Jahren, bis 2070 soll es auf 74 Jahre für Frauen und Männer steigen. Auch in Griechenland, wo man nach der Staatspleite Reformbereitschaft zeigte, sowie in Italien und Schweden soll 2070 ein Siebener vor dem Pensionsantrittsalter stehen.

Das gesetzliche Pensionsalter liegt in Österreich aktuell bei 65 Jahren für Männer und 60,5 Jahren für Frauen. Bei den Frauen wird es bis 2033 schrittweise auf 65 Jahre angehoben. Frauen gehen laut Wifo-Studie derzeit im Schnitt mit 60,9 Jahren in Pension, Männer mit 61,6. Nur in Luxemburg, Frankreich und Belgien gehen die Männer ähnlich früh in Pension.

Die Möglichkeiten, das Pensionssystem angesichts der Demografie finanzierbar zu halten, sind beschränkt: Man kann länger arbeiten, die Beiträge ins Pensionssystem erhöhen oder die Leistungen reduzieren. Nichts hält Felbermayr davon angesichts steigender Arbeitslosenzahlen, die Menschen wieder in die Frühpension zu schicken. Er mahnte, die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik nicht zu kürzen. Aufgrund des Arbeitskräftemangels könne auf ältere Arbeitnehmer nicht verzichtet werden.

Sozialexperte Wolfgang Mazal sah kein Problem, rasch das Pensionsantrittsalter anzuheben. Eine Erhöhung um wenige Monate könne relativ kurzfristig erfolgen, der Verfassungsgerichtshof würde darin wohl keine Verletzung des Vertrauensschutzes sehen, sagte er. Desillusioniert äußerte sich der frühere Vorsitzende der Alterssicherungskommission Walter Pöltner. "Every year the same procedure", sagte er. Trotz der jährlichen Warnungen würde die Politik nicht handeln. Dass die

Regierungsverhandler nun einsichtig seien, bezweifelte Pöltner. Die letzte Pensionsreform läge 20 Jahre zurück, seither wurden Eingriffe vermieden.

Am Montag tagte die Untergruppe Pensionen: Ob ÖVP, SPÖ und Neos die Vorschläge der Pensionsexperten beherzigen, wird man in einem etwaigen Regierungsprogramm sehen.

## Das Pensionsalter im EU-Vergleich

Das Regelpensionsalter von Männern schwankt (Stand 2022) innerhalb der EU zwischen 62,8 Jahren in der Slowakei und 67 Jahren in Dänemark, Griechenland, Frankreich, Italien und Norwegen. Das Regelpensionsalter von Frauen war 2022 mit 60 Jahren in Österreich und Polen am niedrigsten.

In vielen Ländern wird zwischen 2022 und 2070 das Pensionsalter angehoben, hier wurde auch die automatische Pensionsanpassung, die es in mehreren Ländern gibt, berücksichtigt. In Dänemark soll man 2070 frühestens mit 71 Jahren in Pension gehen können, das Regelpensionsalter soll bis dahin 74 Jahre betragen. Bei unseren Nachbarn wird das Pensionsalter ebenfalls steigen: In Deutschland soll es 2030 für Männer und Frauen bei 66,9 Jahren liegen, in Italien bei 67,3. In Island arbeiten laut Wifo-Studie bereits jetzt Männer im Schnitt bis 68,3 Jahre und Frauen bis 65,8 Jahre.



EPAPER

**Jetzt ePaper lesen!**

Lesen Sie die tagesaktuelle ePaper-Ausgabe der OÖNachrichten - jetzt gleich digital durchblättern!

AKTUELL
OBERÖSTERREICH
WIRTSCHAFT
POLITIK
KULTUR
SPORT
PANORAMA
MEINUNG
MEINE WELT
THEMENSPECIALS
AKTIONEN

MEHR AUS INNENPOLITIK

**Kocher zu KTM - Insolvenz: „Da wurden möglicherweise Managementfehler gemacht“**

**Vorentscheidung über neue Regierung soll am 12. Dezember fallen**

**Hahn hätte sich Regierungsbildungsauftrag für FPÖ-Kickl gewünscht**

**Mehr als 1.000 Teilnehmer bei umstrittener Demo am Samstag in Wien**

AUTORIN

Annette Gantner

Redakteurin Innenpolitik

✉ a.gantner@nachrichten.at    Autorin folgen



<https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/19136630/oesterreicher-sollen-laut-experten-bis-67-arbeiten>

PENSIONALTER

## Österreicher sollen laut Experten bis 67 arbeiten

Das Wifo hat sich Pensionsreformen in anderen Ländern angesehen, der Großteil setzt auf einen späteren Pensionsantritt. Kurzfristig würden geringere Erhöhungen helfen.

ANHÖREN



Eine Pensionsreform erachtete Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) im Wahlkampf nicht für nötig. Die Reformen aus dem Jahr 2000 begannen erst jetzt zu wirken, es gebe auch andere Möglichkeiten, den österreichischen Staatshaushalt zu sanieren. Die SPÖ startete bereits im Vorjahr eine Petition gegen die Erhöhung des Pensionsantrittsalters. Dass die beiden ehemaligen Großparteien, die zuletzt in der Altersgruppe über 60 bei Wahlen deutlich besser abschnitten, als in der Gesamtbevölkerung, in den laufenden Regierungsverhandlungen auf Einsparungen bei den Pensionen drängen, ist nicht abzusehen.

### Interview mit dem Studienautor

PENSIONSREFORM

#### Wifo-Experte Uri: „Die Last muss über die Jahrgänge verteilt werden“

INTERVIEW von Vilja Schiretz



Nun fordert eine Gruppe von Experten allerdings ebendiese. Denn immerhin floss zuletzt fast ein Viertel des österreichischen Budgets in den Pensionsbereich. In den kommenden Jahren dürfte der Anteil kaum sinken: Heute kommen auf einen Pensionisten noch drei Erwerbstätige, rechnet Georg Feith von der Initiative „Aktion Generationengerechtigkeit“ vor. 2050 dürften es aufgrund der alternden Bevölkerung nur noch 1,7 sein. „It's the demography, stupid“, sagt Feith, alleine die demografische Entwicklung mache Reformen unausweichlich.

Wie solche Reformen aussehen könnten, hat sich das Wirtschaftsforschungsinstitut Wifo im Auftrag der Aktion Generationengerechtigkeit untersucht und jüngere Pensionsreformen anderer OECD-Staaten unter die Lupe genommen. Laut Studienautor Thomas Uri setzen dabei nur zwei Staaten auf höhere Beiträge, nämlich Irland und Spanien. In letzterem Land wird das zusätzliche Beitragsaufkommen dazu genutzt, einen Fonds zu füllen, der in demografisch schwierigen Zeiten einspringen kann. Wesentlich beliebter war die Anhebung des Pensionsantrittsalters, teilweise gekoppelt an die Lebenserwartung. Entwickelt sich die Lebenserwartung wie bisher angenommen, könnten die Däninnen und Dänen im Jahr 2070 etwa bis 74 arbeiten müssen.

#### „Kein Eingriff in die Lebensplanung“

Eine ganz so drastische Erhöhung schwebt Wifo-Direktor Gabriel Felbermayr in Österreich nicht vor, für sinnvoll würde er allerdings eine Anhebung auf 67 Jahre betrachten, für Frauen ebenso wie Männer. Die Anhebung könne nicht von heute auf morgen vollzogen werden, aber schrittweise, „sodass man in den frühen 2040er Jahren bei 67 ist“. Er persönlich sei aber der Meinung, „dass sehr viel dafür spricht, das Pensionsantrittsalter an die Lebenserwartung zu koppeln.“ Denn diese könne, wie zuletzt etwa in den USA auch wieder sinken. „Damit ist es nicht nur eine zusätzliche Gauslichkeit, sondern ermöglicht Flexibilität.“

## Soll das Pensionsantrittsalter in Österreich erhöht werden?

Ja, das wird notwendig sein.

Nein, 65 Jahre reicht.

Arbeitsrechtsexperte Wolfgang Mazal betont, dass kleine Änderungen beim Pensionsantrittsalter rechtlich auch relativ kurzfristig möglich seien. Müsse jemand etwa zwei Monate länger arbeiten, „ist das kein Eingriff in die Lebensplanung, sondern in die Urlaubsplanung“.

### Felbermayr fordert niedrigere Pensionserhöhungen

Um kurzfristig Einsparungen zu erzielen, appelliert Felbermayr, angesichts der wirtschaftlich schwierigen Situation die Pensionen in den kommenden Jahren unterhalb der rollierenden Inflation zu erhöhen. Über mehrere Jahre könnte auch das einen bedeutenden Unterschied im Budget machen. Indem unterschiedliche Maßnahmen getroffen werden, die verschiedene Altersgruppen betreffen, könnte das die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen, glaubt Studienautor Url.

### Korosec: Pensionserhöhungen unter der Inflation „unvorstellbar“

Bei den Neos, die an den Koalitionsverhandlungen als dritter Partner von ÖVP und SPÖ beteiligt sind, stoßen die Vorschläge auf Zustimmung. „Wir können uns ein Weiterwursteln in der Pensionspolitik nicht länger leisten“, schreibt Sophie Wotschke, Vorsitzende der Jugendorganisation Junos, und fordert „mutige Reformen“.

STEIERMARK LEBEN SPORT

KLEINE  
ZEITUNG

GRAZ & U

soll bleiben, wie es ist, aber eine Reform muss gut vorbereitet sein“. Sinnvoll wäre etwa eine „Reformkommission“, die sich über Veränderungen im Pensionsystem Gedanken mache. Während Korosec längerfristig eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters zumindest nicht grundsätzlich ablehnt, seien Pensionserhöhungen unter der Inflation „unvorstellbar“, liege doch die durchschnittliche Pension von Frauen bei 1409 Euro. „Wir müssen einsparen, aber es können nicht die Pensionisten sein, die als Erstes zum Handkuss kommen“.

### Mehr zum Thema

KOALITIONSVERHANDLUNGEN

#### Was hinter dem türkis-roten Dauerstreit ums Budget steckt

ANALYSE von Walter Hämmerle



SOZIALAUSGABEN

#### Der Spagat, den die Koalition mit dem Budget hinbekommen muss

KOMMENTAR von Gerald Winter-Pölsler



Vilja Schiretz, Innenpolitik

APA, 02.12.2024:

<https://apa.at/news/pensionsexperten-wollen-hoeheres-antrittsalter-2/>

NEWS/APA/MONTAG, 02.12.24, 14:55:24

## Pensionsexperten wollen höheres Antrittsalter

Sozialexperten haben sich am Montag zusammengetan, um auch angesichts der aktuellen Budgetnöte eine Pensionsreform einzufordern. Wifo-Chef Gabriel Felbermayr plädierte für eine Anhebung des Antrittsalters auf 67. Als Privatperson bzw. WU-Professor geht er noch darüber hinaus und wäre dafür, das Pensionsalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Auch kurzfristig wären seiner Ansicht nach Maßnahmen möglich, etwa über Pensionsanpassungen unter der Inflation.

APA/APA/GEO  
HOCHMUTH/G  
HOCHMUTH

Die Experten waren im Rahmen einer Initiative der „Aktion Generationengerechtigkeit“ zusammengekommen, deren Vertreter Georg Feith schon seit langem für entsprechende Maßnahmen eintritt. Seine Devise, die er bei einem gemeinsamen Pressegespräch kundtat, lautet: „It's the demography, stupid!“. Was er damit meint, ist: 1980 kamen auf einen Pensionisten noch 4,5 Werk­tätige, im Vorjahr waren es drei und 2050 werden es nur noch 1,7 sein.

Alleine daraus ergibt sich für die Experten Reformbedarf und angehen sollte man die Maßnahmen flott, war man sich einig. Basis der Diskussion war eine von Wifo-Experte Thomas Url erstellte Studie, die verglich, mit welchen Schritten andere Staaten in der jüngeren Vergangenheit versucht haben, ihre Systeme wieder flott zu bekommen.

Wie Url ausführte, setzen dabei nur zwei Staaten auf höhere Beiträge, nämlich Irland und Spanien. In letzterem Land wird das zusätzliche Beitragsaufkommen dazu genutzt, einen Fonds zu füllen, der in demografisch schwierigen Zeiten einspringen kann.

Die meisten Staaten drehen aber die Schraube Antrittsalter. So dürfte das Antrittsalter in Dänemark bis 2070 auf stolze 74 Jahre steigen. In Griechenland sollen es immer noch 72,5 Jahre sein. Hier warnt Felbermayr. In Griechenland habe es eine Staatspleite gebraucht, um das Pensionssystem zu reformieren, nur habe man dann „sehr dramatische Schritte“ setzen müssen. Schweden wiederum hat auch die Höhe der Pensionsanpassung an die demografische Entwicklung gekoppelt.

Sozialexperte Wolfgang Mazal argumentierte, dass Reformen für künftige Generationen wegen der gestiegenen Zinslast noch schwieriger würden bzw. härter ausfallen würde. Daran könne man kein Interesse haben, weil ja niemand das System an die Wand fahren wolle.

Regierungen tendieren ja dazu, das Thema Pensionen nicht anzugreifen, weil man dann bei der nächsten Wahl abgestraft werden könnte. Laut Url gibt es jedoch eine gewisse Evidenz, dass es durch einen Automatismus „niedrigere politische Kosten“ gebe. Denn solche Anpassungen des Antrittsalter wären dann in der Regel kleine Schritte.

Felbermayr wies darauf hin, dass man in den vergangenen fünf Jahren auch Anpassungen der Bezüge vorgenommen habe, die man sich im budgetären Umfeld eigentlich nicht leisten habe können. So spräche aus Sicht des Wifo-Chefs einiges dafür, nach Jahren einer Erhöhung über der Inflationsrate die nächsten Anpassungen unter der Teuerung vorzunehmen. Halte man das ein paar Jahre durch, würde das schon einiges bringen.

Immerhin würden die Bundeszuschüsse in der kommenden Gesetzgebungsperiode um 60 Prozent steigen. In der gleichen Zeit müsse aber auch noch das Budget saniert werden.

Der Wifo-Chef plädierte ferner dafür, das Pensionssystem besser zu

[APA-Gruppe](#) [Nachrichtenagentur](#) [Kommunikationslösungen](#) [IT-Lösungen](#) [#APA-Playbook](#)

[Lösungen & Produkte](#) [Wissen & Netzwerk](#) [About APA](#) [Karriere](#) [Kontakt](#)

Einer, der viel Erfahrung mit Pensionsreform hat, ist der ehemalige Sektionschef und frühere Leiter der Alterssicherungskommission, Walter Pöltner: „Every year the same procedure“, meinte er. Es kämen allerlei Berichte mit Datenmaterial und alle zögen an der Politik „unbeobachtet vorbei“. Dass die Regierungsverhandler offen genug für eine Einsicht in die Problemlage sein werden, sieht Pöltner skeptisch.

Zumindest die NEOS stünden für eine Reform parat. JUNOS-Vorsitzende und Nationalratsabgeordnete Sophie Wotschke meinte in einer Aussendung, ein Weiterwursteln in der Pensionspolitik könne man sich nicht länger leisten: „Wir brauchen mutige Reformen, die die finanzielle Nachhaltigkeit sichern und gleichzeitig individuelle Wahlmöglichkeiten schaffen.“

VOL (online), 02.12.2024:

<https://www.vol.at/pensionsexperten-wollen-hoheres-antrittsalter/9089512>

POLITIK

## Pensionsexperten wollen höheres Antrittsalter

2.12.2024 15:01 (Akt. 3.12.2024 09:40)



"It's the demography, stupid!" ©Canva | APA

**Sozialexperten haben sich am Montag zusammengetan, um auch angesichts der aktuellen Budgetnöte eine Pensionsreform einzufordern.**



436



Vorlesen

Anzeige

Wifo-Chef Gabriel Felbermayr plädierte für eine Anhebung des Antrittsalters auf 67. Als Privatperson bzw. WU-Professor geht er noch darüber hinaus und wäre dafür, das Pensionsalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Auch kurzfristig wären seiner Ansicht nach Maßnahmen möglich, etwa über Pensionsanpassungen unter der Inflation.

Die Experten waren im Rahmen einer Initiative der "Aktion Generationengerechtigkeit" zusammengekommen, deren Vertreter Georg Feith schon seit langem für entsprechende Maßnahmen eintritt. Seine Devise, die er bei einem gemeinsamen Pressegespräch kundtat, lautet: "It's the demography, stupid!". Was er damit meint, ist: 1980 kamen auf einen Pensionisten noch 4,5 Werk tätige, im Vorjahr waren es drei und 2050 werden es nur noch 1,7 sein.

### Studie zeigt internationale Trends

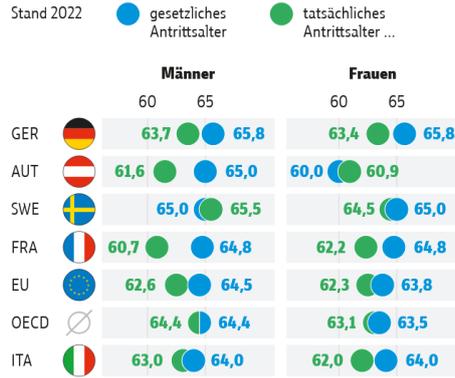
Alleine daraus ergibt sich für die Experten Reformbedarf und angehen sollte man die Maßnahmen flott, war man sich einig. Basis der Diskussion war eine von Wifo-Experte Thomas Url erstellte Studie, die verglich, mit welchen Schritten andere Staaten in der jüngeren Vergangenheit versucht haben, ihre Systeme wieder flott zu bekommen.

Wie Url ausführte, setzen dabei nur zwei Staaten auf höhere Beiträge, nämlich Irland und Spanien. In letzterem Land wird das zusätzliche Beitragsaufkommen dazu genutzt, einen Fonds zu füllen, der in demografisch schwierigen Zeiten einspringen kann.

### Meiste Staaten erhöhen Antrittsalter

Die meisten Staaten drehen aber die Schraube Antrittsalter. So dürfte das Antrittsalter in Dänemark bis 2070 auf stolze 74 Jahre steigen. In Griechenland sollen es immer noch 72,5 Jahre sein. Hier warnt Felbermayr. In Griechenland habe es eine Staatspleite gebraucht, um das Pensionssystem zu reformieren, nur habe man dann "sehr dramatische Schritte" setzen müssen. Schweden wiederum hat auch die Höhe der Pensionsanpassung an die demografische Entwicklung gekoppelt.

### Pensionsalter im Vergleich



Grafik: © APA, Quelle: OECD

VN-GRAFIK

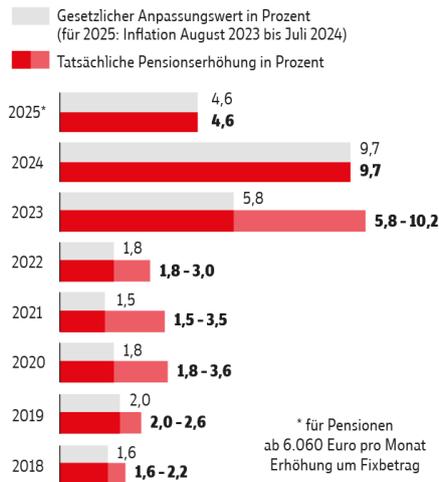
Sozialexperte Wolfgang Mazal argumentierte, dass Reformen für künftige Generationen wegen der gestiegenen Zinslast noch schwieriger würden bzw. härter ausfallen würde. Daran könne man kein Interesse haben, weil ja niemand das System an die Wand fahren wolle.

Regierungen tendieren ja dazu, das Thema Pensionen nicht anzugreifen, weil man dann bei der nächsten Wahl abgestraft werden könnte. Laut Uri gibt es jedoch eine gewisse Evidenz, dass es durch einen Automatismus "niedrigere politische Kosten" gebe. Denn solche Anpassungen des Antrittsalter wären dann in der Regel kleine Schritte.

### Niedrigere Anpassungen denkbar

Felbermayr wies darauf hin, dass man in den vergangenen fünf Jahren auch Anpassungen der Bezüge vorgenommen habe, die man sich im budgetären Umfeld eigentlich nicht leisten habe können. So spräche aus Sicht des Wifo-Chefs einiges dafür, nach Jahren einer Erhöhung über der Inflationsrate die nächsten Anpassungen unter der Teuerung vorzunehmen. Halte man das ein paar Jahre durch, würde das schon einiges bringen.

### Pensionserhöhungen seit 2018



Grafik: © APA, Quelle: Sozialministerium/Statistik Austria

VN-GRAFIK

Immerhin würden die Bundeszuschüsse in der kommenden Gesetzgebungsperiode um 60 Prozent steigen. In der gleichen Zeit müsse aber auch noch das Budget saniert werden.

Der Wifo-Chef plädierte ferner dafür, das Pensionssystem besser zu differenzieren, also betriebliche und private Säule auszubauen. Felbermayr nennt das eine "klügere

VORARBERG ONLINE VN PODCAST HIGHPEED WEBMAIL VOLMOBIL JOB IMMO AUTO ANZEIGER | ANMELDEN

**VOL.AT** Home Gemeinde Dein TIPP Verkehr LIVE News Sport V+ Service 13 Länderpunkte

### Ex-Sektionschef zweifelt an Politik

Einer, der viel Erfahrung mit Pensionsreform hat, ist der ehemalige Sektionschef und frühere Leiter der Alterssicherungskommission, Walter Pöltner: "Every year the same procedure", meinte er. Es kämen allerlei Berichte mit Datenmaterial und alle zögen an der Politik "unbeobachtet vorbei". Dass die Regierungsverhandler offen genug für eine Einsicht in die Problemlage sein werden, sieht Pöltner skeptisch.

Zumindest die NEOS stünden für eine Reform parat. JUNOS-Vorsitzende und Nationalratsabgeordnete Sophie Wotschke meinte in einer Aussendung, ein Weiterwursteln in der Pensionspolitik könne man sich nicht länger leisten: "Wir brauchen mutige Reformen, die die finanzielle Nachhaltigkeit sichern und gleichzeitig individuelle Wahlmöglichkeiten schaffen."

(APA)

<https://www.sn.at/politik/innenpolitik/was-pensionen-experten-pensionsantritt-jahren-169469272>

SN.AT / POLITIK / INNENPOLITIK

## Was jetzt bei den Pensionen geschehen muss - Experten fordern Pensionsantritt mit 67 Jahren

Was andere Länder tun, um ihre Pensionssysteme zu sichern. Was kurzfristig in Österreich möglich ist. Und warum langfristig laut Fachleuten kein Weg an einem höheren gesetzlichen Pensionsalter vorbeiführt.



Abo

Karriere Immobilien

Salzburger Nachrichten

E-Paper SN-Card



von  
MARIA  
ZIMMERMANN

Montag  
02. Dezember 2024  
17:16 Uhr

SN PLUS



6 Kommentare

Artikel drucken

Die Herausforderungen für das heimische Pensionssystem sind rasch umrissen: Immer weniger aktive Beitragszahler stehen immer mehr Pensionistinnen und Pensionisten gegenüber. Ein Trend, der sich durch die längst rollende Pensionierungswelle der sogenannten Babyboomer weiter verschärft. Stand 1980 ein Pensionist 4,5 Werk tätigen ...

# Bayerns Rentner blicken sehnsüchtig nach Österreich

Eine neue Studie zeigt krasse Unterschiede in den zwei Staaten bei Ersatzraten und beim Pensionsalter

Von Karl Ettinger

**Wien/München.** Ein wenig wehmütig blickt sie zurück in ihr Heimatland. Der Liebe wegen ist Jasmin S. vor einigen Jahren von Wien nach München gezogen und in der bayerischen Landeshauptstadt sesshaft geworden. Der sehnsüchtige Blick zurück betrifft ihr Rentenalter. Weil sie nach 1964 geboren ist, gilt für die erwerbstätige Österreicherin im Freistaat ein Rentenalter von 67 Jahren. In Österreich konnten Frauen bis zum Beginn des heurigen Jahres noch mit 60 Jahren die Pension, wie die Rente in der Alpenrepublik heißt, antreten. Nur für männliche und weibliche Beamte liegt das Pensionsantrittsalter schon jetzt einheitlich bei 65 Jahren.

Allerdings geht es jetzt generell aufwärts: Denn das gesetzliche Rentenalter für Arbeitnehmerinnen, Bäuerinnen und Gewerbetreibende in Österreich wird seit diesem Jahr in Halbjahresschritten bis 2033 von 60 auf jenes der Männer mit 65 Jahren angehoben. Aber selbst dann wäre der Antritt des Ruhestandes nach den geltenden Gesetzesregeln noch um zwei Jahre früher als in Deutschland möglich.

Die günstigere Regelung beim Rentenalter hat allerdings ihren Preis und ist ein Mitgrund dafür, dass Österreich aus dem Staatshaushalt immer mehr Milliarden Euro zur Finanzierung der gesetzlichen Renten zuschießen muss.

## Auch Wiener Politik muss Geld für Renten zuschießen

Genau jetzt hagelt es mitten in den Regierungsverhandlungen einen Bericht nach dem anderen zur Rentenfinanzierung. Die vom Sozialministerium eingesetzte Alterssicherungskommission hat in ihrem am Freitag vorgelegten Gutachten festgestellt, dass allein von 2023 bis 2029 der Zuschuss aus Bundesmitteln zur gesetzlichen Pensionsversicherung von gut 14 Milliarden Euro um acht Milliarden Euro auf 22 Milliarden Euro hochschnellen wird. Dazu kommt ein Anstieg der Rentenaufwendungen aus dem Bundesbudget für die Beamten von 13,4 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 15,1 Milliarden Euro bis 2029.

Die Reformgruppe „Aktion Generationengerechtigkeit“ legte am Montag bei einer Tagung



**Eine Rentnerin blickt in Salzburg auf die Salzach:** In Österreich beziehen Pensionäre in Relation zu ihrem früheren Einkommen deutlich höhere Renten als die Bürger in Deutschland.

– Foto: imago

mit einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo), das auch Rentensysteme in Europa vergleicht, nach. Diese wird nicht zufällig mitten in den Regierungsverhandlungen präsentiert und soll den Druck auf Verschärfungen durch die künftige Regierung steigern. Eine erfolgreiche Umsetzung von Pensionsreformen werde auch durch eine schlechte Konjunkturlage und durch hohen internationalen Druck begünstigt,

wird zusammenfassend nach 47 Seiten festgestellt.

Daran schließt der Hinweis, wo der Hebel angesetzt werden könnte. Das sei eine Anhebung des regulären Rentenalters auch in Österreich auf 67 Jahre wie in Deutschland. Das solle mit einer Senkung des Prozentsatzes für das Rentenkonto der Österreicher kombiniert werden, wird in der Wifo-Studie vorgeschlagen. Letzteres hätte zur Folge, dass künftige

Rentenleistungen allgemein niedriger ausfallen würden.

Aber auch was die Rentenleistungen betrifft, können Menschen in Bayern und Deutschland nur ein bisschen neidisch über die Staatsgrenze schauen. Denn die Leistungen in Relation zum früheren Einkommen als Beschäftigter liegen in Österreich weit über dem deutschen Niveau. Auch das zeigt die aktuelle Wifo-Studie.

## Österreicher zahlen mehr ein als Deutsche

Die Bruttoersatzrate der Renten im Vergleich zum durchschnittlichen Bruttoerwerbseinkommen im Jahr 2022 lag nach dieser Aufstellung bei 43,9 Prozent, macht also nicht einmal die Hälfte des früheren Aktiveinkommens aus. In Österreich liegt die Bruttoersatzrate im Ruhestand hingegen bei 74,1 Prozent des früheren Durchschnittseinkommens. Besonders großzügig ist sie laut der Studie mit jeweils gut 80 Prozent in Griechenland und Spanien. Zum Vergleich: in der Schweiz sind es knapp 40 Prozent, in Polen knapp 30 Prozent. In Deutschland

zahlen allerdings die Menschen auch weniger für die Renten ein. In Österreich liegt der Beitragssatz für die Pensionsversicherung bei 22,8 Prozent des Bruttolohns. In Deutschland sind es hingegen mit 18,6 Prozent deutlich weniger.

Was Rentnern in Österreich in den vergangenen Jahren zugute kam, war, dass die Politik regelmäßig in die jährliche Erhöhung eingegriffen hat, sodass diese für einen großen Teil der rund 2,5 Millionen Bezieher jeweils tüppiger ausfiel als gesetzlich verankert. Die gesetzliche Regelung gibt vor, dass die jährliche Erhöhung um die Teuerungsrate zwischen August des Vorjahres und Juli des laufenden Jahres angehoben wird. Mittels Beschluss im Nationalrat wurde aber in vielen Jahren etwas draufgelegt. Das passierte so häufig, bis dem früheren Chef der Alterssicherungskommission, Walter Pöltner, der Kragen platzte. Er beendete die Leistung, weil er in den von der Politik vorgenommenen außertourlichen Erhöhungen eine Aushöhlung des Versicherungsprinzips sah. Wer mehr an Beiträgen einzahlte, bekam in Relation eine niedrige Erhöhung, während jene mit niedrigen Renten davon profitierten.

## Kleine Zeitung (online), 02.12.2024:

<https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/19136622/wifo-experte-url-die-last-muss-ueber-die-jahrgaenge-verteilt-werden>

PENSIONSDISKURSS

### Wifo-Experte Uri: „Die Last muss über die Jahrgänge verteilt werden“

INTERVIEW Ökonom Uri erklärt, wie die Akzeptanz für Pensionsreformen in der Bevölkerung steigen kann.



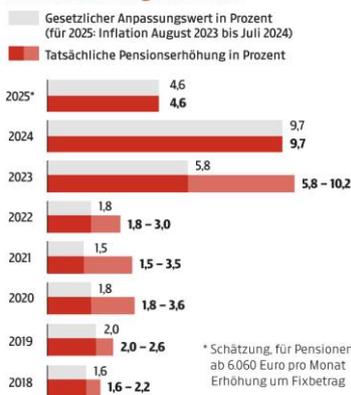
Ökonom Thomas Uri arbeitet seit 1994 in der WIFO-Forschungsgruppe „Makroökonomie und öffentliche Finanzen“

#### Weiche Reformen muss Österreich im Pensionsbereich angehen?

Eine Pensionsreform muss von der Bevölkerung getragen werden, dazu muss die Last über die Jahrgänge verteilt werden. Im Bereich Pensionskorridor könnte man die Zugangsvoraussetzungen etwas schärfer gestalten, das würde die Gruppe treffen, die in fünf bis zehn Jahren in Pension geht. Wird das Pensionsantrittsalter längerfristig auf 67 erhöht, trifft das die Jüngeren. Eine Anpassung der Pensionen unter der rollierenden Inflation trifft jene, die bereits in Pension sind.

ANZEIGE

#### Pensionserhöhungen seit 2018



Grafik: © APA, Quelle: Sozialministerium/Statistik Austria

KLEINE ZEITUNG

#### Sie haben sich in Ihrer Studie Pensionsreformen in anderen Staaten angesehen. Was haben die Länder gemacht, damit die Bevölkerung die Reformen akzeptiert hat?

In vielen Ländern ist das mit einem Budgetdruck einhergegangen, das hat Reforminitiativen aktiviert. Deshalb wäre jetzt auch in Österreich ein guter Zeitpunkt für Reformen, weil wir Druck auf den öffentlichen Haushalt haben, auch durch internationale Beobachtungsverfahren. Und auch wenn Nachbarländer Reformen durchgeführt haben, sind diese im eigenen Land wahrscheinlicher.

#### Wenn von einem höheren Pensionsantrittsalter die Rede ist, gibt es Bedenken, dass schon jetzt das faktische Pensionsantrittsalter unter gesetzlichem liegt und die Arbeitssuche für Ältere oft schwierig ist.

Die Altersdiskriminierung am Arbeitsmarkt wird sich angesichts des Fachkräftemangels längerfristig legen. Eine Möglichkeit, damit Menschen länger arbeiten können, sind rechtzeitige Umschulungen, etwa vom Dachdecker zum Baustellenleiter. Auch Gesundheit am Arbeitsplatz ist ein großes Thema, die körperliche und die psychische Belastung. Psychische Krankheiten werden etwa unter den Frühpensionierungsgründen immer wichtiger. Österreich hat unter den OECD-Staaten eines der niedrigsten faktischen Pensionsantrittsalter, es ist schwer zu verstehen, warum die Österreicher kränker sind als zum Beispiel die Schweden.